

**Rosa-Luxemburg-Stiftung**

**PORTO ALEGRE  
IN  
ERFURT**

**Lateinamerikanische Beiträge zum ersten  
Sozialforum in Deutschland**

**Zusammengestellt von**

**Ana Saggiaro Garcia und Danilo Cerqueira César**

**rls**



© Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Erhard Crome (V.i.S.d.P.)  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

Der Nachdruck ist ausdrücklich erwünscht, aber bitte unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars an die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

## Inhaltverzeichnis

<i>Vorbemerkung</i>	4
Eduardo Galeano	
<i>Die Wässer des Oktobers</i>	5
Ricardo Antunes	
<i>Arbeit und Prekarisierung in einer neoliberalen Ordnung</i>	9
Isabel Loureiro	
<i>Zur Aktualität von Rosa Luxemburg</i>	21
Emir Sader	
<i>Die Linke und die Regierung Lula</i>	31
Laura Tavares Soares	
<i>Fragen der Planung einer Sozialpolitik: eine Synthese</i>	37
Paulo Eduardo Arantes	
<i>Die letzte Runde</i>	50

## Vorbemerkung

Der Kapitalismus ist gefügt in seinen Institutionen. Das Standard-Reden des Neoliberalismus, es gäbe keine Alternative, meint immer dies: das Handeln in den vorgegebenen Rahmen oder unter den gesetzten Bedingungen. Da soll es kein Ausweichen geben. Die Gesetzbücher und Gerichte, das Handelsrecht und die Zinssätze, die Amtsvorsteher und Raumplanungsbehörden, die Medien und die Professoren für Betriebswirtschaftslehre, sie alle haben ihren Platz in jenem Gefüge. Ausnahmen bestätigen die Regel und sind die Paradiesvögel der vorgezeigten Pluralität. Das Gefüge reproduziert sich selbst in diesem Sinne: dass die Welt so sein solle, weil sie so ist, wie sie ist, oder: so sei, weil sie nicht anders sein könne. Früher wurde das mit der Knute oder dem Rohrstock des Lehrers exekutiert, heute hat man dafür andere, subtilere Mechanismen; zumindest in den weltkapitalistischen Zentren haben submissive Mechanismen Vorrang vor repressiven. An der Peripherie dagegen wird schon mal gebombt.

Es heißt, die 358 reichsten Milliardäre der Welt „besitzen“ mehr als die Hälfte der Menschheit. Die Not der einen ist Bedingung des Überflusses der anderen. Das war schon immer so, könnte man sagen, das hat bereits Jesus Christus kritisiert, aber unter dem Kapitalismus hat es sich fortgesetzt und zugleich systematisiert. Das kann nicht so bleiben, sagten dann schon im 19. Jhd. Saint Simon, Weitling und Marx. Der Realsozialismus sollte eine Alternative bieten, hat er aber nicht und ging 1989 unter, und so wählte sich der Kapitalismus als Sieger der Geschichte: „Es gibt keine Alternative“.

Die Geschichte aber ist voller List. Der Kapitalismus produziert seine Gegenkräfte, seine Kritik immer wieder neu. Das kommt, weil die Freiheit auch eine soziale Dimension hat. Wählen reicht nicht. Und die Todesstrafe ist auch in den USA nicht abgeschafft. Die wichtigste Kraft der Kritik ist seit etwa fünf Jahren, seit dem ersten Treffen, das Weltsozialforum und die von ihm ausgelöste globale Bewegung. Ende Januar 2005 fand im brasilianischen Porto Alegre das fünfte Weltsozialforum statt.

Jetzt hat diese Entwicklung auch in Deutschland Fuß gefasst. In diesem kleinen Sammelband finden Sie ausgewählte Beiträge lateinamerikanischer, insbesondere brasilianischer Autoren. Sie sollen die Debatten des ersten Sozialforums in Deutschland mit Perspektiven aus einem anderen Kontinent zu ähnlichen und gemeinsamen Problemen und Fragestellungen anregen. Diese Aufsätze wurden in den Arbeitszusammenhängen der Rosa-Luxemburg-Stiftung speziell für das Sozialforum in Deutschland ausgewählt.

Juli 2005

*Erhard Crome*

## Die Wässer des Oktobers\*

Eduardo Galeano<sup>0</sup>

Ein paar Tage, bevor im Norden Amerikas der Präsident des Planeten gewählt werden sollte, fanden auch im Süden Amerikas Wahlen statt, und es gab in einem ignorierten, fast geheimen Land namens Uruguay, ein Plebiszit. Bei diesen Wahlen gewann die Linke, zum ersten Mal in der nationalen Geschichte, und bei diesem Plebiszit, zum ersten Mal in der Weltgeschichte, stellte sich die Stimme des Volkes gegen die Privatisierung des Wassers und bestätigte das Diktum, dass das Wasser ein Recht aller ist.

Die von Tabaré Vázquez angeführte Bewegung brachte das Ende des von den zwei traditionellen Parteien geteilten Monopols, durch welches diese beiden Parteien seit dem Anfang des Universums sich an der Regierung abwechselten.

„Ich dachte wir *Blancos* hätten gewonnen, aber wir *Colorados* haben gewonnen“ pflegte man zu hören, so oder umgekehrt, nach jeder Wahl. Aus Opportunismus, ja, aber auch weil, nach so langem Mitregieren, *Blancos* und *Colorados* zu einer einzigen Partei geworden waren, die sich als zwei verkleidete.

Die Leute hatten es einfach satt, immer wieder übers Ohr gehauen zu werden, und machten Gebrauch von dem selten eingesetzten gesunden Menschenverstand. Man fragte sich: Warum versprechen sie Änderungen, und laden uns ein, zwischen dem Gleichen und dem Selben zu wählen? Warum haben sie diese Änderungen nicht durchgeführt, wo sie schon seit immer und ewig an der Regierung sind? Der Vizepräsident des Landes kam zu der Schlussfolgerung, dass ein Volk, das so lästige Fragen stellt, nicht intelligent sein kann.

Nie war der Abgrund so deutlich geworden, der das reale Land von den stimmenheischenden Diskursen trennte. Im realen, im tief verletzten Land, in dem sich nur Emigranten und Bettler vermehren, zog die Mehrheit es vor, ihre Ohren dem Geschwafel dieser Marsbewohner zu verschließen, die lauthals um die Macht auf Jupiter, mit Worten, die vom Mond kamen, stritten. Keiner der Besitzer der Macht war ehrlich genug zu gestehen: „Wir sind/haben euch alle beschissen“.

---

\* Erschienen in: *La Jornada*, Montevideo - Uruguay (1.11.2004). Deutsche Übersetzung: George Bernard Sperber.

<sup>0</sup> Eduardo Galeano ist Journalist und Essayist, unter anderen Büchern Autor von *Die offenen Adern Lateinamerikas* (Montevideo, Siglo XXI, 1971; dt. 1973).

Vor dreißig und etwas Jahren entstand auf diesen Weiden des Südens die Bewegung *Frente Amplio*. „Bruder, geh nicht weg“, ermahnte die neue Bewegung. „Eine Hoffnung ist geboren.“

Aber die Krise war schneller als die Hoffnung und beschleunigte die Verblutung des Volkes, durch die das Land von ihrer Jugend entleert wurde. Am Ende des Traumes der Schweiz Amerikas begann der Alptraum der Armut und der Gewalt. Die Gewaltspirale gipfelte in der Militärdiktatur, die Uruguay in eine große Folterkammer verwandelte.

Danach, als die Demokratie zurückkehrte, vernichteten die herrschenden Politiker das wenige, das noch vom Produktionssystem übrig geblieben war, und verwandelten somit Uruguay in eine große Bank. Die Bank ging pleite, wie es so oft das Schicksal der Banken ist, wenn sie von den Bankiers überfallen werden, und wir verblieben voller Schulden und menschenleer. Jetzt klagten sogar die Zahnärzte: „Wenig Leute, wenig Zähne“.

Entlang all dieser Jahre haben wir, von einem Desaster zum anderen, eine Menschenmenge verloren. Unter den Jugendlichen sind die meisten gegangen, auf der Suche nach Arbeit auf anderen Böden, unter anderen Himmeln. Und hinzu kommt die Tatsache, dass dieses verkalkte System sich nicht nur damit begnügt, die meisten jungen Menschen aus dem Lande zu verweisen, sondern es hindert sie auch noch daran, ihr Wahlrecht auszuüben. Uruguay ist eines der wenigen Länder, die es verbieten, dass die Bürger, die sich im Ausland befinden, ihr Wahlrecht ausüben, weder an den Konsulaten noch über die Post. Es scheint unerklärlich, aber es hat eine Erklärung: Wem würden diese Stimmen zugute kommen? Die Besitzer des Landes befürchten das Schlimmste. Sie haben Recht.

Bei der letzten Wahlkundgebung verkündete der Kandidat zum Vizepräsidenten der *Partido Colorado*, dass, falls die Linke die Wahl gewinnen sollte, alle Uruguayer gezwungen werden sollten, sich einheitlich zu kleiden, wie zu Zeiten Maos in China.

Er wurde zu einem der vielen unwillkürlichen Propagandisten für die schließlich siegreiche Linke. Kein einziger der opferbereiten Militanten hat so viel zu diesem Sieg beigetragen wie die Tribunen des Vaterlands, die das Volk vor der bevorstehenden Gefahr warnten, dass die Demokratie in die Hände der freiheitsfeindlichen Verräter und der demokratiefeindlichen Delinquenten, der Terroristen, Entführer und Mörder fallen würde. Es waren höchst effiziente Anklagen. Je mehr der Teufel angegriffen wurde, desto mehr Stimmen erhielt die Hölle.

Zum großen Teil Dank dieser Herolde der Apokalypse, und Dank ihrer Donnerworte, konnte die Linke schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichen. Die Leute stimmten gegen die Angst.

Auch das Plebiszit zum Thema Wasser wurde zu einem Sieg gegen die Angst. Die öffentliche Meinung Uruguays wurde mit Erpressungen, Drohungen und Lügen bombardiert.

Sollten wir gegen die Privatisierung des Wassers stimmen, würden wir unter Vereinsamung und Bestrafung leiden, würden wir uns zu einer Zukunft mit Senkgruben und stinkenden Pfützen verurteilen.

Wie bei den Wahlen, hat auch beim Plebiszit der gesunde Menschenverstand gesiegt. Die Leute haben ihre Stimme im Sinne einer Bestätigung abgegeben, dass das Wasser, ein seltenes und vergängliches Gut, ein Recht aller sein muss, und nicht ein Privileg derer, die es bezahlen können. Und die Leute haben auch bestätigt, dass sie nicht tatenlos herumstehen, und dass sie wissen, dass eher früher als später, inmitten einer durstigen Welt, die Wasserbestände eine gleiche, wenn nicht eine größere Begierde wecken werden, wie es heute die Erdölbestände tun. Wir, in den armen Ländern, die aber reich an Wasser sind, werden lernen müssen, uns zu verteidigen. Mehr als fünf Jahrhunderte sind seit Kolumbus vergangen. Wie lange noch will man unser Gold gegen Spieglein eintauschen?

Wäre es nicht angebracht, dass auch andere Länder die Frage des Wassers einem Plebiszit unterziehen? In einer Demokratie, wenn sie diese Bezeichnung verdienen will, wem stehen die Entscheidungen zu? Der Weltbank oder den Bürgern eines jeden Landes? Existieren die demokratischen Rechte tatsächlich, oder sind sie nur die Erdbeeren, die einen vergifteten Kuchen schmücken?

Einige Jahre zuvor, 1992, war Uruguay auch das einzige Land auf der Welt, das die Privatisierung der staatlichen Unternehmen einem Plebiszit unterzog. 72% der Wähler äußerten sich dagegen. Wäre es nicht demokratisch, Privatisierungen überall einem Plebiszit zu unterstellen, da sie ja offensichtlich das Schicksal mehrerer Generationen beeinflussen?

Wir Lateinamerikaner wurden seit Jahrhunderten zur Impotenz erzogen. Eine Pädagogik, die seit den kolonialen Zeiten vorherrscht, von gewalttätigen Militärs, memmenhaften Doktoren und fatalistischen Mönchen gelehrt, hat uns in die Seele gesteckt, dass die Realität unantastbar ist und dass uns nichts anderes übrig bleibt, als unsere tägliche Kröte heute zu schlucken.

Das Uruguay anderer Zeiten war eine Ausnahme. Gegen das Erbe des „Es hilft nichts“ und des „Man kann nicht anders“, gegen die Gewohnheit, Realismus mit Gehorsam und Verrat

zu verwechseln, wusste dieses Land, vor England, eine unentgeltliche Schule, von der Kirche getrennt, zu schaffen, den Frauen das Wahlrecht vor Frankreich zu gewähren, einen achtstündigen Arbeitstag vor den USA und die Scheidung vor (genauer, 70 Jahre vor) Spanien einzuführen.

Wir fangen jetzt an, diese kreative Energie wiederzugewinnen, die in der langen Nacht der Nostalgie verschwunden schien. Und wir täten nicht schlecht daran, uns zu erinnern, dass jenes Uruguay der fruchtbaren Zeiten nicht ein Kind der Angst war, sondern der Wagnis.

Es wird nicht leicht sein. Die unerbittliche Realität wird nicht lange brauchen, um uns daran zu erinnern, dass zwischen dem, was man will, und dem, was man kann, eine unvermeidliche Entfernung liegt. Die Linke übernimmt die Regierung in einem kaputten Land, das in sehr ferner Zeit weltweit als ein Vorreiter des Fortschritts galt, und heute zu der Schlange der letzten gehört, ein Land im Konkurs, verschuldet bis über den Kopf und der internationalen Finanzdiktatur unterworfen, die nicht ihr Votum abgibt, sondern ihr Veto einlegt.

Wir haben eine geringe Marge zum Manövrieren und um uns zu bewegen. Aber das, was in der Einsamkeit schwierig zu sein pflegt, manchmal sogar unmöglich erscheint, das kann man sich vorstellen, es kann sogar verwirklicht werden, falls wir uns mit unseren Nachbarländern zusammentun könnten, so wie wir imstande waren, uns mit den Nachbarn unserer Wohnung zusammenzutun.

Bei der ersten Kundgebung in der Geschichte der *Frente Amplio*, in der ein Menschenmeer auf die Straße ging, schrie jemand, halb geängstigt, halb glücklich: „Uns droht der Sieg!“ Dreißig und etwas mehr Jahre später ist er gekommen.

Man kann dieses Land nicht wiedererkennen. Von dem was einmal war, zu dem was nun ist, bis zu dem, was einmal sein wird, haben die Leute, die so ungläubig wurden, dass sie nicht einmal mehr an den Nihilismus glaubten, den Glauben wiedergewonnen, einen starken Glauben. Die Uruguayer, melancholisch, still, die wir auf den ersten Blick wie Argentinier aussehen, die Valium zu sich genommen haben, wir tanzen in den Lüften.

Eine immense Verantwortung für die Sieger. Für die, die gewählt wurden, und für uns, die sie gewählt haben. Man wird diese Wiederauferstehung des Glaubens, diesen Neuanfang der Freude schützen müssen, wie das Blatt die Frucht beschützt. Und man wird jeden Tag an den Ausspruch von Carlos Quijano denken müssen, der besagte, dass die Sünden gegen die Hoffnung, die einzigen Sünden sind, die keine Vergebung und keine Erlösung verdienen.



# Arbeit und Prekarisierung in einer neoliberalen Ordnung\*

Ricardo Antunes<sup>0</sup>

## I

Unsere heutige Gesellschaft war, insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten, starken Veränderungen ausgesetzt. Der Neoliberalismus sowie die Neustrukturierung der Produktion im Zeitalter der flexiblen Akkumulation führten mit ihrem stark destruktiven Charakter unter vielen unheilvollen Aspekten zu einer sehr hohen Arbeitslosigkeit, zu einer prekarierten Arbeitssituation und einer zunehmenden Verschlechterung in der metabolischen Beziehung zwischen Mensch und Natur, verursacht durch die Logik der Gesellschaft, die sich in erster Linie auf die Produktion von Waren richtet und die Umwelt in globalem Maßstab zerstört.

Seltsamerweise finden wir jedoch häufig diese Formen der (Ent-)Vergesellschaftung in einer Weise zum Ausdruck kommen, als hätte die Gesellschaft ihren Höhepunkt, ihren *télos* bereits erreicht. Es handelt sich vielfach um Auswüchse eines Fetischismus: angefangen vom Kult der *demokratischen Gesellschaft*, die schließlich die *Utopie der Erfüllung* erreicht haben soll, bis hin zum Glauben an die Entmarkung des Gesellschaftslebens, an das Ende der Ideologien. Und es gibt auch jene, die eine Kommunikationsgesellschaft entwerfen, die eine subjektive Interaktion ermöglichen soll, ganz zu schweigen von jenen, die das Ende der Arbeit als eine konkrete Umsetzung des *Reiches der Freiheit* in den Rahmenbedingungen der aktuellen Gesellschaft sehen, die allerdings nur stärker reglementiert und von eindeutig vertragsbezogeneren Beziehungen geprägt sein muss.

Im Gegensatz zu diesen Formulierungen lässt sich feststellen, dass die aktuelle Gesellschaft ein kritisches Szenario erlebt, das sich auch auf die kapitalistischen Länder im Zentrum ausdehnt. Parallel zur produktiven Globalisierung leiten die Logik des Systems zur Herstellung von Waren und die Suche nach Produktivität einen *destruktiven Prozess* ein, was zu einer sehr umfangreichen *Gesellschaft der Ausgeschlossenen und Prekarierten* führte, die heute bereits auch in zunehmendem Maße die Länder der nördlichen Erdhalbkugel erfasst. Sogar Japan und sein toyotistisches Modell, in dem für 25% der Arbeiterklasse ein „Arbeitsplatz auf Lebenszeit“ eingeführt wurde, droht heute bereits damit, diese abzuschaffen um sich dem Wettbewerb anzupassen, der aus dem „toyotisierten“ Westen wieder herannaht.

---

\* Erschienen als zweites Kapitel in: Pablo Gentili und Gaudêncio Frigoto (Hrsg.) *A cidadania negada: políticas de exclusão na educação e no trabalho*. (São Paulo, Cortez / CLACSO, 2000). Deutsche Übersetzung: *Summe Traduções* (Cida Krause, Gerold Schmidt und Martha Villavicencio).

<sup>0</sup> Professor und freier Dozent für Arbeitssoziologie an der Fakultät für Geisteswissenschaften IFCH Unicamp und Autor, unter anderem der Bücher: *Os Sentidos do Trabalho* (São Paulo, Boitempo, 1999); *Adeus ao Trabalho?* (São Paulo, Cortez, 1995). Herausgeber der Reihe *Mundo do Trabalho* (Boitempo).

Nach einer Destrukturierung der Dritten Welt und der Beseitigung der *postkapitalistischen Regimes* im Osten Europas erreichte die Krise auch das Zentrum des Systems der Warenproduktion (Kurz, 1992). Und je mehr Fortschritte man in der innerkapitalistischen Wettbewerbsfähigkeit macht und je mehr man die Wettbewerbstechniken beherrscht, desto grösser ist der Abbau unzähliger Industrieparks, die mit dieser intensiven Geschwindigkeit nicht Schritt halten können. Von Russland bis Argentinien, von England bis Mexiko, von Italien bis Portugal, über Brasilien, nehmen die Beispiele zu, und sie haben tiefgreifende Auswirkungen auf das enorme Kontingent an menschlicher Arbeitskraft in diesen Ländern. Was kann man sagen über eine Art von Vergesellschaftung, die mehr als 1,2 Milliarden Arbeitslose oder Menschen in prekärer Arbeitssituation auf dem Gewissen hat, *das stellt*, laut neuen Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, *etwa ein Drittel der menschlichen Arbeitskraft dar, die im Arbeitsleben steht?*

Diese destruktive Logik hat zur Folge, dass ganze Regionen nach und nach aus dem Industrieszenario gelöscht werden, zerstört von der weltweiten unausgewogenen Konkurrenz. Die Erfahrung asiatischer Länder wie Korea, Hong Kong, Taiwan, Singapur und anderer, die zunächst in der kürzlichen industriellen Expansion erfolgreich waren, sind in ihrer Mehrzahl Beispiele für kleine Länder, die keinen Binnenmarkt haben und, um sich zu entwickeln, völlig vom Westen abhängen. Aus diesem Grund können sie nicht alternative Modelle für kontinentale Länder wie Indien, Russland, Brasilien, Mexiko und andere darstellen. Die jüngsten Finanzkrisen sind Beispiel für ihre verletzliche Situation. Und es ist wichtig zu betonen, dass wir in diesen „neuen Paradiesen“ der Industrialisierung in verstärktem Maße die negativen Formen der prekären Situation der Arbeiterklasse finden. Einige Beispiele seien genannt: In Indonesien verdienen Frauen im multinationalen Unternehmen *Nike* etwa 38 Dollar im Monat, wenn sie Vollzeit arbeiten. In Bangladesh beuten Unternehmen wie *Wal-Mart*, *K-Mart* und *Sears* weibliche Arbeitskräfte für die Herstellung von Bekleidung aus, mit Arbeitszeiten von etwa 60 Stunden in der Woche und Löhnen, die unter 30 Dollar im Monat liegen.

Somit gibt es, neben all den Zerstörungen von Produktivkräften, der Natur und der Umwelt auch ein weltweites Zerstören menschlicher Arbeitskraft, die heute *prekär* oder *ausgegrenzt* ist. In Wirklichkeit erleben wir eine Verschärfung jener Tendenz, die István Mészáros richtigerweise zusammenfasste als er feststellte, dass das Kapital ohne eine signifikante menschliche Orientierung in seinem *metabolischen System der sozialen Kontrolle* einer Logik folgt, die im wesentlichen destruktiv ist, in welcher der *Gebrauchswert* der Dinge ihrem *Tauschwert* vollkommen untergeordnet ist (Mészáros, 1995, insbesondere Teil 2).

Auch wenn es ein großer Irrtum ist, sich das *Ende der Arbeit* in einer Warenproduktionsgesellschaft vorzustellen, und sich somit vorzustellen, dass Bedingungen für das *Reich der Freiheit* geschaffen werden können, ist es dennoch unumgänglich zu verstehen, welche Mutationen und Metamorphosen heutzutage auf der Welt im Gange sind, was sie bedeuten und welches ihre wichtigsten Folgen sind. Was die *Arbeitswelt* betrifft, so kann man eine Reihe von Tendenzen feststellen, die sich in ihren wichtigsten Eigenschaften zu einem kritischen Bild fügen und die in verschiedenen Teilen der Welt, in denen die Logik des Kapitals überwiegt, ähnliche Richtungen einschlagen. Und die Kritik an den konkreten Formen der Entgesellschaftung der menschlichen Gesellschaft ist zugleich eine Voraussetzung dafür, dass auch eine Kritik sowie eine „Entgötterung“ der heute dominanten *Repräsentationsformen*, der *Ideensammlung*, die unsere Gesellschaft heute beherrscht, stattfinden kann.

Auf den nächsten Seiten versuchen wir, eine analytische Skizze (wenn auch nur zusammengefasst) einiger zentraler Punkte der heutigen *Krise* zu zeichnen, und werden dabei besonders auf das Universum der *Arbeitswelt* eingehen.

## II

Der heutige Kapitalismus, so wie er sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, hat seine destruktive Logik noch verstärkt. Im Kontext der *strukturellen Krise des Kapitals* zeichnen sich verschiedene Tendenzen ab, die folgendermaßen zusammengefasst werden können:

- 1) Das Taylor'sche und fordistische Produktionsmodell<sup>1</sup> wird in zunehmendem Maße abgelöst oder in flexible und deregulierte Produktionsformen umgeformt, als Beispiele hierfür sind die sogenannte flexible Akkumulation und das japanische Modell oder der Toyotismus zu nennen;<sup>2</sup>
- 2) das Modell der sozialdemokratischen Regelung, das den sogenannten Wohlfahrtsstaat in verschiedenen zentralen Ländern förderte, wird ebenfalls in zunehmendem Maße durch die neoliberale, privatisierende und anti-soziale (De)Regulierung ausgehöhlt.

Schon allein durch den Sinn, der hinter all diesen Tendenzen steht (die in Wirklichkeit, Antworten des Kapitals auf seine eigene Krise darstellen), werden die destruktiven Elemente, die in der Logik des Kapitals vorherrschend sind, verstärkt. Je stärker der Wettbewerb und die

---

<sup>1</sup> Unter *Taylorismus* und *Fordismus* verstehen wird die kapitalistischen Produktionsformen, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelt haben und die vor allem auf die Massenproduktion in konzentrierten und vertikalen Produktionseinheiten, mit einer strengen Zeit- und Bewegungskontrolle bezogen sind; ein kollektives Massenproletariat steht unter starkem Despotismus und Kontrolle durch die Fabrik.

<sup>2</sup> Der *Toyotismus* drückt die besondere Expansionsform des monopolistischen Kapitalismus in Japan nach 1945 aus, dessen wichtigste Eigenschaften nachfolgend aufgezeigt werden.

Konkurrenz innerhalb des Kapitals, zwischen den Unternehmen und zwischen den Mächten, desto unheilvoller fallen die Konsequenzen aus. Zwei Auswirkungen sind besonders aggressiv und negativ: die Zerstörung und/ oder prekäre Situation der menschlichen Arbeitskraft sowie die stetige Verschlechterung der metabolischen Beziehung zwischen Mensch und Natur, für die es im gesamten modernen Zeitalter keinen Vergleich gibt, geleitet durch eine Logik, die sich vor allem auf die Warenproduktion bezieht, die die Umwelt zerstört.

Es handelt sich also um ein hochgradiges Zerstörungspotential, das im Grunde genommen Ausdruck für die tiefgreifende strukturelle Krise ist, die die heutige (Ent)Sozialisierung heimsucht: man zerstört die menschliche Arbeitskraft, man zerstört die sozialen Rechte, man misshandelt eine große Anzahl an Männern und Frauen, die von der Arbeit leben; man macht die Beziehung Mensch/ Natur zu einer räuberischen Beziehung und schafft eine riesige „Wegwerfgesellschaft“, die alles wegwirft, was als „Verpackung“ für die Waren und ihr System benutzt wurde, wobei der Reproduktionskreislauf des Kapitals jedoch erhalten bleibt.

Die Welt wird durch eine Triade beherrscht (die Vereinigten Staaten und ihre NAFTA, Deutschland als Vorreiter innerhalb des vereinten Europas und Japan als Anführer der weiteren asiatischen Länder), wobei zunehmende Stärke einer der Kräfte dieser Triade dazu führt, dass die anderen eine Schwächung ihrer Positionen nicht hinzunehmen bereit sind. Aus diesem Grund ändert die Krise häufig ihren Schwerpunkt, auch wenn sie an verschiedenen Punkten existiert und tatsächlich eine weltweite Dimension annimmt. In der tagtäglich erfolgenden Auseinandersetzung, um sich in Bereiche der Welt auszudehnen, an denen man interessiert ist, aber auch um auf zugespitzte Situationen Einfluss nehmen zu können – *summa summarum* um die Krisen auszutragen und gleichzeitig zu managen – wird schließlich immer mehr zerstört und prekariert. Lateinamerika „integriert sich“ in die sogenannte Globalisierung und geht sozial zugrunde. In Asien erfolgt eine enorme Expansion auf Kosten einer brutalen Überausbeutung der Arbeit; die Streiks der Arbeiter in Südkorea 1997/98 wiesen deutlich darauf hin. Die Überausbeutung betrifft vor allem Frauen und Kinder.

Man muss es klar ausdrücken: Deregulierung, Flexibilisierung, Tertiarisierung sowie alle diese Rezepte, die sich in der „Geschäftswelt“ ausdehnen, sind Ausdruck einer Gesellschaftslogik, in der das Kapital Vorrang hat und die menschliche Arbeitskraft nur als unverzichtbarer Teil der Reproduktion eben dieses Kapitals zählt. Dies geschieht, weil das Kapital nicht in der Lage ist, seinen eigenen Wert ohne den Einsatz menschlicher Arbeitskraft zu erhöhen. Es ist wohl möglich, menschliche Arbeitskraft zu *reduzieren*, man kann sie aber nicht *abschaffen*. Man kann die Unsicherheit vergrößern und eine Vielzahl von Arbeitern entlassen, aber man kann nicht auf Arbeiter überhaupt verzichten.

Ein klares Verständnis der derzeitigen Konfiguration der Arbeitswelt trägt dazu bei, dass wir deren wichtigste Veränderungen verstehen. Im Folgenden soll dies detaillierter dargestellt werden. In den vergangenen Jahrzehnten, insbesondere seit Mitte der 1970er Jahre, hat die Arbeitswelt eine sehr kritische Phase erlebt, vielleicht die schwierigste seit dem Entstehen der Arbeiterklasse und der ersten Arbeiterbewegung in England. Die Momente dieser Krise sind sehr komplex, zumal zu gleicher Zeit intensive Veränderungen auf verschiedenen Ebenen stattfanden, die *in ihrer Gesamtheit* schließlich sehr starke Konsequenzen für die innere Verfasstheit der Arbeiterbewegung hatten, insbesondere in Bezug auf die Gewerkschaftsbewegung.

Zunächst ist auf einige Elemente hinzuweisen, die nach unserem Verständnis für ein vollständigeres Erfassen der Krise, die im Inneren der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung um sich griff, zentral sind. Diese betraf sowohl die *Materialität* der Arbeiterklasse, d.h. ihre Art zu sein, in ihrer *subjektiven, politischen und ideologischen Sphäre*, als auch ihren Werte- und Ideenhaushalt, der ihre konkreten Aktionen und Praktiken bestimmte. Wir begannen mit der Aussage, dass wir in dieser Zeit ein Bild der *strukturellen Krise des Kapitals* erleben, welche sich in der Gesamtheit der kapitalistischen Wirtschaften vor allem ab Beginn der 1970er Jahre niederschlägt. Deren Intensität war so stark, dass das Kapital zu materiellen Praktiken der *destruktiven erweiterten Selbstreproduktion* überging und so das Spektrum der globalen Zerstörung sichtbar machte, statt die notwendigen positiven Einschränkungen im Inneren der Produktion für die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse zu akzeptieren (Mészáros, 1995). Diese Krise führte, neben weiteren Folgen, dazu, dass das Kapital einen umfassenden Prozess seiner Neustrukturierung begann, um seinen Reproduktionszyklus wiederherzustellen, der, wie wir weiter unten sehen werden, die Arbeitswelt stark in Mitleidenschaft gezogen hat.

Ein zweites grundsätzliches Element, um die Gründe für die Schwächung der Arbeiterbewegung zu verstehen, finden wir im explosionsartigen Zusammenbruch des europäischen Ostblocks (und nahezu aller Länder, die unter der Führung der ehemaligen Sowjetunion einen sozialistischen Umbruch versucht hatten), wodurch sich im Inneren der Arbeitswelt der Irrgedanke vom „Ende des Sozialismus“ ausbreitet. Obwohl die Folgen des Endes des europäischen Ostblocks langfristig mit positiven Aspekten verbunden sind (denn es ergibt sich die Möglichkeit, ein neuartiges sozialistisches Projekt auf völlig neuer Grundlage wieder aufzunehmen, bei dem neben anderen negativen Aspekten auch die stalinistische These vom „Sozialismus in einem Land“ abgelehnt und die zentralen Elemente der Auffassungen von Marx wieder aufgenommen werden), wurde jedoch kurzfristig gesehen zunächst in signifikanten Bereichen der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung die unheilvolle und falsche These des „Ende des Sozialismus“ akzeptiert und sogar übernommen und, wie die Verteidiger der Ordnung

sagen, das „Ende des Marxismus“. Als Konsequenz des Endes des sogenannten „sozialistischen Blocks“ und angesichts der, aus Sicht des Kapitals, „Nichtexistenz“ einer sozialistischen Gefahr reduzieren die kapitalistischen Länder des Zentrums erheblich die Rechte und sozialen Errungenschaften der ArbeiterInnen. Aus diesem Grund hatte der Zusammenbruch der Sowjetunion und des europäischen Ostblocks Ende der 80er Jahre enorme Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung. Denken wir nur an die Krise, die sich in den traditionellen kommunistischen Parteien niederschlägt, sowie in der mit ihnen verbundenen Gewerkschaftsbewegung.

Ein drittes fundamentales Element für das Verständnis der Krise der Arbeitswelt bezieht sich auf den Zusammenbruch der traditionellen Linken in der stalinistischen Ära. Es erfolgte ein akuter *politischer und ideologischer Prozess der Sozialdemokratisierung der Linken*, ihr Handeln ordnete sich daraufhin der Kapitalordnung unter. Diese *sozialdemokratische* Möglichkeit hat die Linksparteien und Gewerkschaftslinken stark getroffen und wirkt sich selbstverständlich auch intern auf die Arbeiterklasse aus. Mitbetroffen war natürlich auch ganz stark die gewerkschaftliche Linke, die immer häufiger auf Institutionalisierung und Bürokratisierung zurückgriff, was für die gewerkschaftliche Sozialdemokratie ebenfalls charakteristisch ist.

Man muss ferner– und dies ist das vierte Element –hinzufügen, dass mit der enormen Ausweitung des Neoliberalismus ab Ende der 1970er Jahre und der darauffolgenden Krise des *Wohlfahrtsstaates* ein Prozess der *Regression* der Sozialdemokratie selbst einsetzte, die sich schließlich stark der neoliberalen Agenda annäherte. Der Neoliberalismus *begann die Werte und das Programm der kapitalistischen Staaten zu diktieren, im Zentrum wie in den peripheren Ländern*, mit dem Ziel, die Produktion neu zu strukturieren, eine rasche Privatisierung zu erreichen, den Staat „schlanker“ zu gestalten sowie die Geld- und Steuerpolitik mit den weltweiten Organismen der Kapitalhegemonie, wie dem Internationalen Währungsfonds, in Einklang zu bringen. Die Demontage der sozialen Rechte der Arbeiter, die scharfe Bekämpfung der klassischen Gewerkschaftsbewegung, die Ausbreitung eines gesteigerten Subjektivismus und Individualismus im Rahmen der „Postmoderne“ sowie eine eindeutige Feindseligkeit gegen jeglichen sozialistischen Vorschlag, der sich gegen die Verwertungsinteressen des Kapitals richtet, sind markante Kennzeichen dieser aktuellen Periode (Harvey, 1992; McIlroy, 1997; Beynon, 1995).

Es handelt sich um einen *komplexen Prozess*, der sich wie folgt zusammenfassen lässt: (1) es gibt eine strukturelle Krise des Kapitals mit einem tiefgreifenden Depressionseffekt, der dessen destruktive Aspekte verstärkt; (2) es erfolgte der Zusammenbruch des Ostblocks, bei dem sich bedeutende Teile der Linken sozialdemokratisiert haben; (3) dieser Prozess erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem die Sozialdemokratie selbst eine schwere Krise durchlief; (4) *das*

*neoliberale Wirtschafts-, soziale und politische Modell* breitete sich stark aus. All dies hat schließlich die Arbeitswelt in vieler Hinsicht beeinträchtigt. Im nachfolgenden sollen die wichtigsten Tendenzen ihrer internen Veränderung gezeigt werden.

### III

Als Antwort des Kapitals auf seine *strukturelle Krise* vollziehen sich verschiedene Veränderungen, die den Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert grundsätzlich geprägt haben. Eine davon, die zentrale Bedeutung besitzt, bezieht sich auf die Veränderungen im Reproduktionsprozess des Kapitals und deren Auswirkungen auf den Arbeitsprozess. Als *Antwort des Kapitals auf die Krise der 1970er Jahre* haben sich die Veränderungen im Produktionsprozess selbst verstärkt, durch den technischen Fortschritt, die Bildung flexibler Akkumulationsformen und der Modelle, die eine Alternative zum Binom Taylorismus/Fordismus darstellen, unter denen in Hinblick auf das Kapital insbesondere der Toyotismus zu nennen ist. Diese Transformationen, die auf der einen Seite aus der Konkurrenz innerhalb des Kapitals selbst entstehen, andererseits aus der Notwendigkeit, die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf zu kontrollieren, haben schließlich die Arbeiterklasse und die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung stark in Mitleidenschaft gezogen (Murray, 1983; Bihr, 1998).

Grundsätzlich ist diese Form der flexibilisierten Produktion bestrebt, die Unterstützung der Arbeiter zu erlangen; diese sollen das Projekt des Kapitals vollkommen akzeptieren. Man sucht eine Form dessen zu erreichen, was ich in *Adeus ao Trabalho?* als eine auf die Spitze getriebene *manipulative Teilnahme* genannt habe, bei der das Kapital nach der Zustimmung und der Unterstützung der Arbeiter innerhalb der Unternehmen strebt, um ein Projekt durchführen zu können, das im Sinne der ausschließlichen Grundsätze des Kapitals gestaltet und geplant ist. In einem allgemeinen Sinne kann man den Toyotismus als eine Form der Arbeitsorganisation verstehen, die im Automobilwerk Toyota in Japan entstanden ist und die sich im kapitalistischen Westen, sowohl in den Industrieländern als auch in den abhängigen, breit macht. Seine wichtigsten Eigenschaften (im Gegensatz zum Taylorismus/ Fordismus) sind: (1) die Produktion richtet sich hauptsächlich nach der Nachfrage; (2) er ist vielfältig und sehr heterogen; (3) er gründet sich auf die Arbeit in Teams, mit einer großen Vielfalt von Funktionen; (4) es wird das Prinzip des *just in time* eingesetzt, d.h. die bestmögliche Nutzung der Produktionszeit. Dies funktioniert nach dem *Kanban-System*, mit Befehlsschildern oder -kennworten für den Teileaustausch oder Lagerbestand, die im Toyotismus minimal sein sollten. Während im fordistischen Werk etwa 75% firmenintern produziert wurden, sind dies beim toyotistischen Werk nur noch etwa 25%. Damit wird ein *horizontaler* Produktionsprozess erreicht und ein

großer Teil dessen, was ursprünglich intern hergestellt wurde, wird an „Dritte“ vergeben. Das Trugbild der „totalen Qualität“ erhält eine zentrale Rolle im Produktionsprozess. Die Kreise der Qualitätskontrolle (CCQ) werden ausgeweitet und in Form von Gruppen der Arbeiter organisiert, die vom Kapital gefördert werden, um die Arbeit und die Leistung zu diskutieren und die Produktivität des Unternehmens zu verbessern.. Tatsächlich handelt es sich um eine neue Form, mit der sich das Kapital *intellektuelles Wissen* aneignet.

Der *Despotismus* vermischt sich dann so sehr mit der *Manipulation* der Arbeit und mit der „Beteiligung“ der Arbeiter, dass *ein immer tieferer Prozess der Verinnerlichung der entfremdeten Arbeit* stattfindet. Der Arbeiter soll nachdenken und *für* und *zugunsten* des Kapitals agieren, was die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital verstärkt, statt sie zu vermindern. Im Westen unterschieden sich die CCQ in ihrer Ausgestaltung, abhängig von den Besonderheiten und Charakteristika der Länder, in denen sie eingeführt werden. Diese flexible Form der kapitalistischen Akkumulation, die sich auf die *Neuordnung*, auf das *schlanke Unternehmen* gründet, nur um ein paar Ausdrücke aus dem Wörterbuch des Kapitals zu verwenden, hatte enorme Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Wir können hier lediglich die wichtigsten anführen:

- 1) das stabile Fabrikproletariat, das sich während der Gültigkeit des Binoms Taylorismus/ Fordismus gebildet hatte, wird durch die Neustrukturierung, die Flexibilisierung und den Abbau der Konzentration des produktiven Raumes, die typisch sind für den Toyotismus, deutlich vermindert;
- 2) es gibt einen enormen Anstieg des *neuen Proletariats*, das ein Sub-Proletariat in den Fabriken und Dienstleistungsbranchen ist und das weltweit als Prekarisierung der Arbeit bezeichnet wird. Es handelt sich um die „Tertiarisierten“, „Subcontracted“, „Teilzeitkräfte“ und ähnliche Formen, die sich in vielen Teilen der Welt ausbreiten. Zunächst wurden diese Arbeitsplätze von Immigranten besetzt, wie zum Beispiel den „Gastarbeitern“ in Deutschland, der *lavoro nero* in Italien, den *chicanos* in den USA, den *dekaseguis* in Japan usw. Heute jedoch bezieht diese Expansion auch die FacharbeiterInnen mit ein, die aus der tayloristisch-fordistischen Ära übrig blieben;
- 3) der Anteil weiblicher Arbeitskraft steigt signifikant an und macht inzwischen mehr als 40% der Arbeitskraft in den Industrieländern aus; sie wird vom Kapital bevorzugt ins Universum der prekarisierten und deregulierten Arbeit abgedrängt;
- 4) es gibt einen Anstieg der mittleren Angestellten und der Dienstleister, was eine signifikante Erhöhung der Gewerkschaften in diesen Branchen ermöglichte, auch wenn der Dienstleistungssektor bereits deutliche Arbeitslosenzahlen aufweist;



- 5) Junge und Alte werden vom Arbeitsmarkt in den zentralen Ländern zunehmend ausgeschlossen: erstere verstärken häufig die Reihen der neonazistischen Bewegungen, und die über 40jährigen finden, wenn sie arbeitslos werden und von der Arbeit ausgeschlossen sind, nur sehr schwer wieder den Weg in den Arbeitsmarkt zurück;
- 6) Kinder werden vorzeitig und strafbar in den Arbeitsmarkt gezogen, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern, wie den asiatischen und lateinamerikanischen;
- 7) es gibt eine Expansion dessen, was Marx als *kombinierte gesellschaftliche Arbeit* (Marx, 1978) bezeichnete. Arbeiter aus verschiedenen Teilen der Welt haben am Produktions- und Dienstleistungsprozess teil, und diese Entwicklung geht offensichtlich nicht in Richtung einer Abschaffung der Arbeiterklasse, sondern hin zu einer prekären Situation und einer Verschärfung der Ausbeutung; mit anderen Worten: die Ebenen der Ausbeutung der Arbeitskraft nehmen zu.

Infolgedessen wurde die Arbeiterklasse *noch fragmentierter, noch heterogener und schliesslich auch noch komplexer* (Antunes, 1998). Sie wurde in vielen Branchen qualifizierter, wie zum Beispiel in der Metallindustrie, in der eine relative *Intellektualisierung* der Arbeit erfolgte, sie *dequalifizierte und verschlechterte sich* in anderen Branchen, wie zum Beispiel in der Automobilindustrie, in der der Werkzeugmacher nicht mehr die selbe Bedeutung hat, ganz zu schweigen von der Verminderung der Bedeutung der Qualitätskontrolleure und der Graphikdesigner, sowie der Bergarbeiter, der Hafenarbeiter, der Arbeiter im Schiffsbau usw. Es bildete sich auf der einen Seite, in vergleichsweise geringer Zahl, der „*polyvalente und multifunktionelle*“ Arbeiter des Informatikzeitalters, der in der Lage ist, Maschinen durch numerische Kontrolle zu bedienen, und der hin und wieder seine intellektuelle Dimension intensiver nutzen kann. Und auf der anderen Seite gibt es eine große Zahl von ArbeiterInnen in prekärer Situation, ohne berufliche Qualifikation, die heute in *Teilzeitarbeit, Zeitarbeit, Arbeitsplatzteilung* leben oder unter der strukturellen Arbeitslosigkeit leiden.

Diese Veränderungen haben eine heterogenere, eine fragmentiertere und komplexere Arbeiterklasse geschaffen, darunter befinden sich qualifizierte und unqualifizierte Arbeiter, der formelle und der informelle Arbeitsmarkt, junge und alte, Männer und Frauen, gesicherte und ungesicherte, Immigranten und Landesbevölkerung, weiße und schwarze etc., ganz zu schweigen von den Bruchlinien, die auf Grund der differenzierten Aufnahme verschiedener Länder und deren Arbeiter in die neue internationale Arbeitsteilung erfolgten.

Im Gegensatz zu denen, die die Position eines „Endes der zentralen Rolle der Arbeiterklasse“ in der heutigen Welt vertreten, besteht jedoch die größte Herausforderung für die

*Klasse-die-von-der-Arbeit-lebt*<sup>3</sup> an dieser Jahrhundertwende vom 20. ins 21. Jahrhundert in der Verstärkung der Bindungen der *Klassenzugehörigkeit*, die in den verschiedenen Segmenten, aus denen sich die Arbeitswelt zusammensetzt, bestehen. Es gilt, jene Segmente, die eine zentrale Rolle im Wertschöpfungsprozess spielen, zu verbinden mit jenen Segmenten, die mehr in den Randbereichen des Prozesses angesiedelt sind, und denen, die auf Grund der unsicheren Situation, in der sie sich befinden, gegenüber dem Kapital und seinen (Ent)Sozialisierungsformen potentiell aufrührerische soziale Gruppen bilden (Bihar: 1998).

Die Gesellschaftslogik ist in ihren dominanten Zügen mit einer akuten Zerstörungskraft ausgestattet, die im Grunde genommen ein Ausdruck der tiefen Krise ist, welche die heutige (Ent)Sozialisierung heimsucht und die eine Bedingung für die Aufrechterhaltung des *Systems des sozialen Metabolismus des Kapitals*, um einen Ausdruck von Mészáros (1995) zu verwenden, und seines Reproduktionskreislaufes darstellt. In diesem Sinne sind Deregulierung, Flexibilisierung, Tertiarisierung, „Downsizing“, „Schlanke Unternehmen“ sowie alle weiteren Patentrezepte, die in der „Unternehmenswelt“ weit verbreitet sind, Ausdruck einer Gesellschaftslogik, in der das Kapital über die menschliche Arbeitskraft herrscht. Sie wird nur in genau dem Maße berücksichtigt, wie dies für die Reproduktion eben dieses Kapitals absolut notwendig ist. Und es geschieht auch nur, weil das Kapital zwar die menschliche Arbeitskraft *vermindern* kann, aber doch nicht *vollständig auf diese verzichten* kann. Das Kapital kann deren Ausbeutung verstärken, prekäre Arbeitsbedingungen schaffen und sogar enorme Anteile wegrationalisieren, aber es kann nicht ganz auf sie verzichten.

Diese internen Konsequenzen in der Arbeitswelt zeigen, dass man im Kapitalismus nicht das Ende der *Arbeit* als ein Wertmaß feststellen kann, sondern eine qualitative Änderung, die sich auf der einen Seite aus der steigenden Bedeutung ihrer qualifizierten Dimension, aus den multifunktionellen Aufgaben des Arbeiters, der in der Lage ist, informatisierte Maschinen zu bedienen, aus der *Objektivierung der Gehirnaktivitäten* (Lojkine, 1995) ergibt. Auf der anderen Seite entsteht diese durch die *Intensivierung*, die bereits an die Grenze der Ausbeutung gelangt, die im *neuen Proletariat*, im *industriellen Subproletariat* und im *Dienstleistungsproletariat*, in der enormen Bandbreite von Arbeitern, die ständig vom Kapital ausgebeutet werden, sehr wohl

---

<sup>3</sup> Wir verwenden den Ausdruck *Klasse, die von der Arbeit lebt*, als ein *Synonym* für *Arbeiterklasse*. Im Gegensatz zu den Autoren, die das Ende der Arbeit und das Ende der Arbeiterklasse vertreten, möchten wir mit diesem Ausdruck *den aktuellen Sinn des Begriffs der Arbeiterklasse (und der Arbeit) betonen*. Diese beinhaltet: (1) alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen, sowohl die *produktive* als auch die *unproduktive Arbeit* (in dem von Marx definierten Sinn); (2) sie schließt die Lohnempfänger aus dem Dienstleistungssektor und auch das Landproletariat mit ein; (3) sie beinhaltet das Proletariat, das in ungesicherten Situationen und ohne Rechte existiert, sowie die arbeitslosen Arbeiter, die das Heer der *industriellen Reservearmee* (Marx) ausmachen; (4) und sie *schließt* selbstverständlich die Geschäftsführer und hohen Funktionäre des Kapitals aus, die hohe Gehälter erhalten oder von den Zinsen leben. Dieser Ausdruck geht von dem Marx'schen Gedanken der *kombinierten gesellschaftlichen Arbeit* aus, so wie er im Vierten Abschnitt von *Das Kapital*, Bd. 1, ausgeführt wird.

existiert und weiter ansteigt, nicht nur in den peripheren Ländern, sondern auch im Herzen des kapitalistischen Systems. Man verfügt also immer häufiger über eine steigende *gesellschaftlich kombinierte Arbeitskapazität*, die zu einem *realen Agenten* des gesamten Arbeitsprozesses wird. Dabei ist – nach Marx – völlig unerheblich, inwieweit sich die Funktion des einzelnen Arbeiters der direkte Handarbeit angenähert oder von ihr entfernt hat. Statt eines Endes des *Arbeitswertes* zeigt sich eine verstärkte Abhängigkeit der Formen der *relativen und absoluten* Mehrwertausbeute von dem erweiterten und globalisierten Rahmen.

Mit diesen Elementen lässt sich ein *Ende der Arbeit* unter der *kapitalistischen Produktionsweise* nicht feststellen. Dies wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass sich der größte Teil der Arbeitskraft in den Ländern der sogenannten Dritten Welt konzentriert, in der die vorhin aufgezeigten Tendenzen noch einem sehr *spezialisierten* und *differenzierten* Rhythmus folgen. Sich auf Deutschland oder Frankreich zu beziehen und von hier aus *Verallgemeinerungen* und *allgemeingültige Aussagen* über das Ende der Arbeit oder auch der Arbeiterklasse abzuleiten, ohne dabei zu beachten, was in Ländern wie Indien, China, Brasilien, Mexiko, Südkorea, Russland, Argentinien usw., ganz zu schweigen von Japan geschieht, stellt einen bedeutenden Irrtum dar. Die Theorie vom Ende der Arbeiterklasse, auch wenn sich auf die zentralen Länder beschränkt, entbehrt sowohl empirisch als auch analytisch jeder Grundlage. Der erweiterte Begriff von Arbeit, der ihren vielschichtigen Charakter mitberücksichtigt, fasst diese offensichtliche Tatsache präziser. Und dabei bleibt unerwähnt, dass eine Aufhebung der Arbeit unter dem heutigen Kapitalismus – und hier müssen wir das enorme Kontingent an Arbeitern der Dritten Welt miteinschließen – das Ende der Marktwirtschaft selbst voraussetzen würde; es bedeutete die Unfähigkeit, den Prozess der Akkumulation von Kapital zu integrieren, zumal Roboter am Markt nicht als Verbraucher auftreten. Das schlichte Überleben der kapitalistischen Wirtschaft wäre beeinträchtigt, ohne sämtliche anderen explosiven sozialen und politischen Folgen zu nennen, die aus dieser Situation entstehen würden. All dies zeigt, dass es ein Irrtum ist, an ein *Verschwinden*, oder das *Ende der Arbeit* zu denken, solange die kapitalistische Gesellschaft, die Waren produziert, weiter besteht, und es ist ebenfalls nicht möglich, die Klasse, die von der Arbeit lebt, auszulöschen, solange die Grundsäulen, auf denen die Produktionsweise des Kapitals beruht, Gültigkeit haben.

Dies zu untersuchen, ist wegen der Art und Weise, wie diese Transformationen die *soziale und politische Arbeiterbewegung* (einschließlich der Gewerkschaftsbewegung) beeinträchtigen, besonders wichtig, insbesondere in Ländern, die sich von den zentralen kapitalistischen Ländern unterscheiden, wie zum Beispiel in Brasilien, wo die Krise sich von der in Ländern des Zentrums sehr unterscheidet. Wenn diese Veränderungen für die Arbeiterklasse

und ihre *sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Bewegungen* in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern weitreichende Konsequenzen haben, so gilt dies auch für die *Schwellenländer* und die *Entwicklungsländer*, vorausgesetzt, diese verfügen über eine gewisse industrielle Größe, wie Brasilien. Ein *umfassendes bzw. Gesamtverständnis* der Krise, die die Arbeitswelt erfasst, darf somit vor diesen Problemen, die sich direkt auf die Arbeiterbewegung auswirken, nicht die Augen verschließen, zumal es sich hier um Komplexe handelt, die sowohl die *Wirtschaftspolitik* des Kapitals als auch die *politische und ideologische Sphäre* betreffen.

Diese Krise hat *spezifische und einzigartige Züge* durch die Art und Weise, wie die *wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ideologischen Veränderungen* in den verschiedenen Ländern, die Teil der weltweiten Ausbreitung des Kapitals sind, ungleich kombiniert sind und die Arbeitswelt mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen haben. Für eine genauere Untersuchung dessen, was auf der Welt geschieht, brauchen wir eine analytische Gesamtsicht, in der die allgemeineren Elemente mit Aspekten der Einzigartigkeit jedes der Länder verknüpft werden. Als entscheidend erweist sich, dass es in dieser Phase der Transformationen in der Produktionswelt innerhalb eines Universums, in dem der Neoliberalismus vorherrschend ist, eine ganze Reihe von Metamorphosen und Mutationen gibt, die die Arbeiterklasse beeinträchtigen.

### **Literaturhinweise**

Amin, Ash (ed.) (1996) *Post-Fordism a Reader* (Oxford: Blackwell).

Antunes, Ricardo (1998) *Adeus ao Trabalho? Ensaio sobre as Metamorfoses e a Centralidade do Mundo do Trabalho* (São Paulo: Cortez).

Beynon, Huw (1995) *The Changing Practices of Work*, in: International Centre for Labour Studies (Manchester).

Bihl, Alain (1998) *Da Grande Noite À Alternativa (O Movimento Operário Europeu em Crise)* (São Paulo: Boitempo).

Chesnais, François (1996) *A Mundialização do Capital* (São Paulo: Xãma).

Gounet, Thomas (1991) *Luttes Concurrentielles et Stratégies D'accumulation dans L'industrie Automobile*, in: Etudes Marxistes (Brüssel) N° 10.

Gounet, Thomas (1992) *Penser à L'envers. Le Capitalisme, Dossier Toyotisme*, in: Etudes Marxistes (Brüssel) N° 14.

Harvey, David (1992) *A Condição Pós-Moderna* (São Paulo: Loyola).

Kurz, Robert (1991) *Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie* (Frankfurt am Main: Eichborn).

Lojkine, Jean (1995) *A Revolução Informacional* (São Paulo: Cortez).

Marx, Karl (1969) *Das Kapital, Erster Band* (Berlin: Dietz Verlag).

Mészáros, István (1995) *Beyond Capital - Towards a Theory of Transition* (London: Merlin Press).

McIlroy, John (1997) *Trade Unions in Retreat – Britain Since 1979*, in: International Centre for Labour Studies (Manchester).

Murray, Fergus (1983) *The Decentralisation of Production- The Decline of the Mass-Collective Worker?*, in: Capital & Class (London) N° 19.

## Zur Aktualität von Rosa Luxemburg\*

Isabel Loureiro<sup>0</sup>

*Dieser Weltkrieg – das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur – sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte.*

**Rosa Luxemburg**, Die Krise der Sozialdemokratie, GW4, S.62.

Welche Bedeutung hat Rosa Luxemburg heute? Wie aktuell ist ihr politisches Denken für die sozialen Bewegungen? Diese Frage möchte ich hier klären.

Als ich Ende der 1980er/ zu Beginn der 1990er Jahre meine Doktorarbeit geschrieben habe, ging es mir vor allem darum (wie dies auch heute der Fall ist) im politischen Denken Rosa Luxemburgs Elemente zu finden für eine linke Politik, die gleichermaßen revolutionär, aber auch in den aktuellen Problemen verwurzelt ist. Ich wollte bei Rosa Luxemburg den Gedanken einer revolutionären Realpolitik nachweisen, das heißt, den Gedanken, dass es für sie nicht möglich ist, Reform und Revolution zu trennen.

Ende der 1980er Jahre hatte sich die Linke gleichzeitig dem Ende des Sozialismus in der Sowjetunion und im europäischen Ostblock und den ersten direkten Präsidentschaftswahlen (Lula/Collor) in Brasilien gegenüber gesehen. Obgleich dies im Buch nicht angesprochen wurde, war die PT in ihren Ursprüngen mein heimlicher Gesprächspartner. Die Dilemmata, die ich in der politischen Theorie und Praxis von Rosa Luxemburg darstellte, schienen mir damals die Dilemmata einer demokratischen und sozialistischen Linken, die die Staatsmacht erreichen wollte, ohne auf das sozialistische Programm zu verzichten, ohne den radikalen “Zusammenhang von Prinzipien” (Franz Mehring) zu ignorieren. Ich sah den Kampf der Linken in Brasilien 1989 (und auch später) als einen Kampf mit dem Ziel, die Grenzen des Möglichen im Rahmen des Kapitalismus zu erweitern, das heißt also, als revolutionäre Realpolitik<sup>4</sup>, und unter diesem Gesichtspunkt habe ich die Theorie und die Praxis von Rosa Luxemburg interpretiert.

---

\* Deutsche Übersetzung: *Summe Traduções* (Cida Krause). Überarbeitung durch die Autorin.

<sup>0</sup> Dozentin an der Universidade Estadual Paulista (1981-2003); Präsidentin der Rosa Luxemburg Stiftung, Brasilien.

<sup>4</sup> Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke* 1/2 (Berlin, Dietz Verlag, 1979) S.373.

Für mich waren diese Theorie und Praxis gekennzeichnet von einer nicht gelösten Spannung zwischen dem wirtschaftlichen Determinismus (der typisch war für die II Internationale) und einem politischen Konzept, in dem das selbständige Handeln der Volksmassen einen vollkommen anderen öffentlichen Raum als der bürgerliche öffentliche Raum schafft – und in diesem Sinne bereits in vorwiegend kapitalistischen Gesellschaften von unten das kollektive Handeln der Enterbten der Erde fördert, die Keime für eine gerechtere und gleichere Gesellschaft. Das Schwanken von Rosa Luxemburg zwischen dem deterministischen Pol und dem “verselbständigten” Pol nannte ich damals die “Dilemmata des revolutionären Handelns” die mir vor zwölf Jahren mit den Dilemmata der PT deckungsgleich zu sein schienen.

Diese Dilemmata sind heute, allem Anschein nach, für die Regierende Linke verschwunden (vorausgesetzt sie haben tatsächlich und nicht nur in meiner Vorstellung existiert). Die „Linke“ in Regierungsverantwortung hat sich für die Realpolitik ohne Revolution entschieden: sie beschränkt sich darauf, automatisch das Programm des Kapitals so pragmatisch wie möglich anzuwenden, unter der Argumentation, es gebe keinen anderen Weg, es gebe keine Seitenwege im monolithischen Konstrukt des Kapitals. „There is no alternative“, wie es zum ersten Mal von M. Thatcher geäußert wurde, ist das Motto der aktuellen Regierung in Brasilien. Es ist nicht unangemessen, eine Parallele zu ziehen zur deutschen Sozialdemokratie des beginnenden 20. Jahrhunderts, die sich nach dem Fall der Monarchie im November 1918 so mit den Kräften der ehemaligen Regierung verband (und in einer pervers konservativen Logik gefangen war), dass sie es nicht einmal schaffte, den damals vorhandenen politischen Raum zu nutzen, um die von den Volkskräften geforderten demokratischen Reformen durchzusetzen, die auch in ihrem eigenen Programm vorgesehen waren. Wie wir wissen, hat sich die Geschichte später für diese mangelnde Courage gerächt.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass es heute den Dialog zwischen den Ideen von Rosa Luxemburg und der derzeit in Brasilien in der Regierungsverantwortung befindlichen Linken schon nicht mehr gibt, ein Dialog, der Ende der 1980er Jahre noch bestand (wie dies zum Beispiel aus den Entscheidungen des 7. Nationalen Parteitages 1990 deutlich hervorgeht). Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Ideen Rosa Luxemburgs an Aktualität verloren hätten, im Gegenteil, sie haben eine neue Aktualität gewonnen. Ich möchte im folgenden diese These in drei Punkten darlegen, um meinen Beitrag zur Diskussion zu leisten, die uns heute bewegt – um die Notwendigkeit, die Linke neu zu gründen.

\*\*\*

Einführend greife ich auf den Aufsatz von Immanuel Wallerstein zurück: „Linke Politik für ein Zeitalter des Übergangs? Oder wieder Theorie und Praxis“, in: *O espírito de Porto Alegre* (Der Geist von Porto Alegre).<sup>5</sup> Es handelt sich um einen Beitrag, der zum Nachdenken anregen soll, wie heute eine neue Linke aussehen müsste und wie die Ideen Rosa Luxemburgs dieses Projekt unterstützen können, das sich heute schon teilweise in den globalisierungskritischen Bewegungen darstellt. Laut Wallerstein hat die Linke des 21. Jahrhunderts, anders als die alte Linke der politischen Parteien (Sozialdemokraten und Kommunisten) den Glauben an eine optimistische Theorie der Geschichte, den Gedanken an eine lineare und fortschrittliche Geschichte verloren. Hierin ist sie eine Erbin der Neuen Linken, die entstanden ist aus dem, was er die „weltweite Revolution von 1968“ nennt, die nicht nur den Zentralismus der traditionellen Parteien der Linken ablehnte, sondern, was noch wichtiger ist, die Theorie einer Geschichte in ständigem Fortschritt ablehnte, die zum Sieg des Sozialismus führen sollte.

Wenn man berücksichtigt, dass es sich hier um eine langfristige Entscheidung handelt, muss eine Strategie für die Linke weltweit heutzutage vollkommen anders sein als die Strategie der Linken im 19. und zum Teil auch im 20. Jahrhundert. Die Strategie der „alten Linken“ unterteilte sich in zwei Etappen: zunächst erkämpft man die Staatsmacht, dann verändert man die Welt. Diese Strategie war nicht von Erfolg gekrönt, und schließlich geschah es in einem großen Teil der Länder, in denen die Parteien der Linken an die Macht kamen, dass man in die zweite Etappe gar nicht gelangte. Für Wallerstein liegt hier die Desillusion mit der „alten Linken“. Als neuestes Symptom dieser Desillusion brauchen wir uns nur an das Buch des Politologen John Holloway: „Die Welt zu verändern ohne die Macht zu ergreifen“, zu erinnern, in dem ausgehend von den neuen sozialen Bewegungen eine politische Theorie entwickelt werden soll, in der der Gedanke des Kampfes um die Staatsmacht beiseite gelassen wird, da dieser für falsch gehalten wird.

1. Hier können wir ein erstes Argument für die Aktualität des politischen Gedankens von Rosa Luxemburg feststellen: die Verteidigung des demokratischen Sozialismus als Ergebnis des autonomen Handelns der Massen, was eine indirekte Kritik der Strategien der beiden Etappen beinhaltet. In ihrer Polemik mit den Bolschewiki anlässlich der Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung in Russland verteidigt Rosa Luxemburg vehement den Gedanken, dass die Machtergreifung nicht eine vorübergehende Etappe zur Durchsetzung der Demokratie ist, sondern dass die Machtergreifung und die Durchsetzung der Demokratie zwei

---

<sup>5</sup> Isabel Loureiro, José Corrêa Leite und Maria Elisa Cevasco (Hrsg.), *O espírito de Porto Alegre* (São Paulo, Paz e Terra, 2002).

Seiten ein und derselben Medaille sind. „Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus“<sup>6</sup> Demokratische Freiheiten, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, freie Presse sind unverzichtbare Voraussetzungen für einen umfassenden Gedankenkreislauf zwischen den Volksmassen, welche es ermöglichen, dass sich diese aus der selbst auferlegten Unmündigkeit, aber vor allem auch aus der absolutistischen (im Fall von Russland vor der Revolution) und der kapitalistischen Herrschaft befreien.

Mit anderen Worten, Rosa Luxemburg glaubt nicht, dass das Erreichen der Staatsmacht ausreichend ist, um die Gesellschaft zu verändern, und aus diesem Grunde verteidigt sie den Gedanken, dass die Macht zu ergreifen und die Welt zu verändern (was im hier angesprochenen Text durch die sofortige Verteidigung der Demokratie zum Ausdruck kommt) zwei untrennbare Aspekte eines einzigen Prozesses sind. Im übrigen kommt dieser Gedanke auch in ihrer Rede zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands klar zum Ausdruck, wo sie sagt, dass bei der sozialistischen Revolution „die Geschichte... es uns nicht so bequem (macht), wie es in den bürgerlichen Revolutionen war, dass es genügte, im Zentrum die offizielle Gewalt zu stürzen und durch ein paar oder ein paar Dutzend neue Männer zu ersetzen. Wir müssen von unten auf arbeiten, ...wir (müssen) die Eroberung der politischen Macht nicht von oben, sondern von unten machen...“ (GW 4, S. 512). Und in diesem historischen Moment war inmitten der deutschen Revolution spontan etwas grundsätzlich Neues entstanden, das den Gedanken an eine radikale Demokratisierung jener Gesellschaft zuließ: die Arbeiter- und Soldatenräte.

Rosa Luxemburg wurde bekannt als die Theoretikerin der Massenstreiks, und dies war ohne Zweifel ihr ursprünglicher Beitrag zur marxistischen Theorie. Die Grundidee ist, dass die nicht organisierten, ungebildeten Massen, sobald sie zur Handlung übergehen und sich politisieren, im Kampf sich ihrer Situation und ihrer revolutionären Ziele bewusst werden, und nicht auf eine Avantgarde warten müssen, die ihnen das Bewusstsein von außen anträgt. Die Avantgarde, die Partei ist das Sprachrohr für die Sorgen der Massen, die diese in einem Programm zusammenfasst, aber sie ersetzt in keiner Weise die Massen. Ohne diese Dialektik zwischen dem organisierten Kern und der Spontaneität der Massen gibt es keine Hoffnung auf eine radikale Änderung der kapitalistischen Gesellschaft.

---

<sup>6</sup> Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 4 (GW 4, Berlin: Dietz Verlag 1987), S.363.



Das wichtigste für Rosa Luxemburg ist die wirtschaftliche, politische und kulturelle Veränderung der Gesellschaft, die durch das Handeln (das organisierte und bewusste, aber auch das spontane und unbewusste) der Volksmassen erreicht wird. Diesen Gedanken, vielleicht mit geringfügigen Änderungen, finden wir in den Grundlagen der heutigen sozialen Bewegungen, die zum Beispiel in den Sozialforen (aber auch in allen Mobilisierungen, wie zum Beispiel der Piqueteros in Argentinien, dem indigenen Aufstand in Bolivien während des Gaskrieges, der Besetzung der Latifundien durch die Landlosen etc.) eine Gelegenheit sehen, das zu errichten, was man die *populäre Öffentlichkeit* nennen könnte, als eine neue Art und Weise, das Individuum und das Kollektiv zu artikulieren, die sich von der üblichen Funktionsweise der Institutionen in den bürgerlichen Demokratien sehr unterscheidet, in denen die Individuen nichts weiter sind als eine Ansammlung isolierter Monaden, die sich ausschließlich über den Markt miteinander in Beziehung setzen. Die Bildung dieser populären Öffentlichkeit im Rahmen der vorhandenen Gesellschaft ist langwierig, problematisch und widersprüchlich. Aber ohne sie ist es laut Rosa Luxemburg (und die Niederlagen des Realsozialismus geben ihr Recht) nicht möglich, eine demokratische Gesellschaft zu schaffen, die über die Beherrschung durch das Kapital hinausgeht.

Zusammenfassend kann man sagen, und dies ist eine sehr aktuelle Idee, dass der Sozialismus nur eine qualitativ andere Lebensform schaffen wird, wenn er von unten nach oben gebildet wird, unter umfassender und aktiver Teilnahme der Volksmassen. Aus diesem Grund ist die Revolution für Rosa Luxemburg ein sozialer Prozess und nicht nur die Machtübernahme durch eine linke Partei (obwohl sie die Machtübernahme nicht ablehnt). Aktuell bei Rosa Luxemburg ist auch ihre Ablehnung der Vordenkerschaft – der Gedanke, dass der Sozialismus nur errichtet werden kann, wenn es bewusste, aufgeklärte Individuen gibt, die intellektuell und moralisch selbständig sind, die alle gemeinsam und jeder für sich das Bewusstsein der Beherrschung besitzen. Unter dieser Perspektive ist die Revolution ein langwieriger Prozess, dessen Errichtung bereits im Innern der kapitalistischen Ordnung an sich beginnt, und der mit erhöhter Geschwindigkeit weiter verfolgt wird, sobald die ehemalige Ordnung durch einen Volksaufstand umgestürzt wird.

2. Die Kritik von Rosa Luxemburg an dem Konzept einer hierarchischen und zentralistischen Partei ist ebenfalls noch aktuell. Diese Kritik birgt zwei Aspekte:

a. Was die Partei an sich betrifft, kritisiert Rosa Luxemburg, wie wir wissen, das leninistische Konzept der Partei als Avantgarde, einer zentralistischen und hierarchischen Organisation professioneller Revolutionäre. Während Lenin sagte („Ein Schritt vorwärts, zwei

Schritte zurück“), dass die sozialdemokratischen Revolutionäre (wenn man die Terminologie des beginnenden 20. Jahrhunderts übernimmt) die „mit der Organisation der klassenbewussten Arbeiter verbundenen Jakobiner“ seien, was eine Entfremdung zwischen Avantgarde und Arbeiterklasse, zwischen Organisation und Spontaneität zum Ausdruck brachte, behauptete Rosa Luxemburg ihrerseits, dass „die Sozialdemokratie nicht mit der Organisation der Arbeiterklasse verbunden [ist], sondern sie ist *die eigene Bewegung* der Arbeiterklasse“ (GW 1/2, S. 429). In diesem Sinne ist die Partei Ausdruck der verschiedenen Strömungen, welche die Arbeiterklasse, aber nicht nur die Arbeiterklasse durchlaufen. Rosa Luxemburg versteht die sozialdemokratische Partei als eine Klassenpartei/Volkspartei, welche die Opposition des Proletariats gegen die Bourgeoisie, sowie die nicht-proletarische Opposition zu ihr umfasst (GW 1/2, S. 441). Da also in diesem Sinne die Partei keine strikt hierarchische und zentralistische Organisation von Berufsrevolutionären ist, sondern Ausdruck historischer Erfahrungen von unten, wird es nicht möglich sein, den Opportunismus durch vorab festgelegte Statuten oder durch eine strenge Disziplin auszumerzen.

Somit kritisiert Rosa Luxemburg an Lenin den Versuch, aus der Disziplin ein zentrales Element der Organisation zu machen. Ihrer Meinung nach sei es notwendig, den „sklavischen Disziplingeist“ auszurotten, der von der Familie, vom Heer, von der Fabrik und von der Bürokratie des modernen Staates dem Proletariat aufgedrückt wurde, den Gehorsam, in dem der Mensch erzogen wurde, und die Disziplin und den Gehorsam, die verinnerlicht wurden, auszurotten; dies kann nur durch praktische anti-autoritäre Initiativen geschehen.. Nur so kann der „sklavische Disziplingeist“ ersetzt werden durch eine „neue Disziplin“, die „freiwillige Selbstdisziplin der Sozialdemokratie“ (GW 1/2, S. 431).

Man kann also sagen, dass die linke Partei, im Sinne Rosa Luxemburgs, eine flexible Organisation ist, in der verschiedene Strömungen nebeneinander existieren (die von selbständigen Individuen gebildet werden), die ein Mindestprogramm unterstützen: sich nicht an der Regierung beteiligen, weder für Kriegskredite noch für den Staatshaushalt stimmen – all das explodiert im August 1914. Und nachdem Rosa Luxemburgs Erfahrungen mit der deutschen sozialdemokratischen Partei immer problematischer wurden, vertraut sie eher auf die schaffende Spontaneität der Massen gegen die Partei (obwohl sie keine anarchistischen Gedanken hegt).

b. Gegen den Gedanken einer privilegierten Organisationsform, die Partei, verteidigt Rosa Luxemburg verschiedene Organisationsformen. Sie würde Wallerstein (2002, S. 31) sicher zustimmen: „Die sozialen Komponenten, die potentiell die Linke bilden, sind sehr unterschiedlich, und haben ihren Ursprung in zu sehr verschiedenen kulturellen Orten, als dass

ein System des demokratischen Zentralismus funktionieren könnte, auch wenn es ursprünglich demokratisch ist.“ Und weil die alternativen Kräfte so vielfältig sind, macht die Verteidigung einer populären Öffentlichkeit aus verschiedenen Vereinigungen, Organisationen, Bewegungen, Volksmärschen und Kämpfen Sinn, in denen die vielfältigsten Erfahrungen von unten her in die Praxis umgesetzt werden. Für Rosa Luxemburg können diese Erfahrungen in der Partei zum Ausdruck kommen, aber auch in den Gewerkschaften, in den Räten, heute in den so genannten sozialen Bewegungen, gestern und immer wieder im spontanen Widerstand: es gibt nicht nur eine einzige Organisationsform der Volksmassen, denn der Prozess der gegenseitigen Veränderung des Klassenkampfes und des Kapitalismus führt zu stetigen Veränderungen der Organisationsformen.

Für Rosa Luxemburg, wie für die sozialen Bewegungen unserer Zeit, ist es die Teilnahme von unten – also die Erfahrung der Volksmassen – welche die Hoffnung trägt, die Welt zu verändern. Die große Aufgabe der Veränderung ist nicht nur den Berufspolitikern – nicht einmal denen der Linken – vorbehalten. Ganz im Gegenteil, von diesen ist nicht sehr viel zu erwarten. Aus diesem Grunde halten sich die sozialen Bewegungen an die direkte Handlung, sie warten nicht auf parlamentarische Lösungen; sie wissen, dass die gewählten Vertreter des Parlamentes Teil einer Machtstruktur sind, die vom Kapital kooptiert wird. Die parlamentarische Politik schützt die Volksinteressen nur, wenn sie hierzu gezwungen wird, in Zeiten einer intensiven kollektiven Mobilisierung. Und als Rosa Luxemburg gegen den Virus des Parlamentarismus, der sich in der deutschen Sozialdemokratie ausbreitete, einen Vers aus Goethes Faust („Im Anfang war die Tat“), ins Feld führte, bewies sie hiermit eine tiefe und angebrachte Skepsis gegenüber der Möglichkeit, dass die parlamentarischen Mechanismen für sich genommen denjenigen Rechte erobern und erhalten, die kein Kapital besitzen.

Es ist notwendig, das Gebäude vom Fundament her zu errichten: die Trennung zwischen Politik und sozialem Leben zu überwinden, über die Politik als spezielle Handlung von Berufspolitikern hinauszugehen. Unter dieser Perspektive gibt es keine Trennung (oder sollte es sie nicht geben) zwischen denjenigen, die wissen, und denjenigen, die nicht wissen, zwischen den Organisierten und den Nicht-Organisierten. Ohne die Spontaneität der einfachen Männer und Frauen, die individuell und kollektiv auf verschiedene Arten und Weisen der Unterwerfung unter das Kapital widerstehen, auch wenn diese widersprüchlich sind, ist eine emanzipatorische Politik undenkbar.

Aus den hier dargestellten Gründen – die Macht zu ergreifen und die Welt zu verändern, sind keine getrennten Etappen; die Partei als eine flexible Organisation verschiedener

Meinungsströmungen der Linken; Verteidigung verschiedener Organisationsformen von unten; Sozialismus als selbständige Schöpfung der Massen und nicht als Institution durch den Erlass einer Avantgarde – hielt man Rosa Luxemburg im 20. Jahrhundert für eine sozialdemokratische Alternative zum real existierenden Sozialismus; ihre Position war Kritik an der Bürokratie in den kommunistischen Ländern.

3. Schließlich gibt es noch einen letzten Aspekt, auf den ich aufmerksam machen möchte und den ich für sehr aktuell halte, vor allem in Brasilien: es ist der Ausspruch „Sozialismus oder Barbarei“, der auf den ersten Blick vielleicht etwas grotesk anmutet. Wie soll man in einem Land, das wie vom Teufel verfolgt den Weg der neoliberalen Politik rennt, über eine sozialistische Alternative sprechen? Nun, ich werde es versuchen.

Als erstes muss man hier anmerken, dass die Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ bedeutet, dass die Welt sowohl in die eine als auch in die andere Richtung gehen kann, dass es keine Garantien gibt, dass der Ausgang vom Klassenkampf abhängt und dass dieser unvorhersehbar ist.

Als zweites kann man sagen: wenn wir als Ziel unseres Kampfes nicht den Sozialismus haben, werden wir nie aus unserem aktuellen Sumpf herauskommen, das heisst, aus der kapitalistischen Barbarei mit all ihrer Schärfe. Der Gedanke einer sozialistischen Alternative in Brasilien kam mir auf Grund eines Artikels von Plínio de Arruda Sampaio Jr., der in der Nummer 48 der Zeitschrift *Reportagem* (im September 2003) veröffentlicht wurde: *Desenvolvimento não é crescimento* (Entwicklung bedeutet nicht Wachstum). Indem er den Gedanken der Überschrift erläutert, zeigt der Autor, dass trotz des wirtschaftlichen Wachstums in Brasilien, dieses nicht zu einer größeren sozialen Gleichheit geführt hat. Das Problem des sozialen Gefälles liegt also nicht an einem zu geringen Wachstum, sondern in dem fehlgeleiteten Versuch, das Zivilisationsmodell nachzuahmen, das während der Industriellen Revolution entstanden ist und das notwendigerweise zu einer Dichotomie zwischen Reich und Arm führt (und ich würde hinzufügen: zu einer nicht wiedergutzumachenden Zerstörung der Umwelt).

Die Schlussfolgerung von Plínio ist, dass „die Wiederaufnahme der Entwicklung [und dies bezieht sich nicht nur auf das Wachstum] notwendigerweise eine radikale Veränderung des Entwicklungsstils der brasilianischen Wirtschaft beinhalten müsste; dies erfordert Mut, um sich dem Status quo entgegenzusetzen, und Kreativität, um neue Horizonte zu entdecken.“ Der Autor gibt bereits Hinweise in Hinblick auf ein Mindestprogramm: Es geht darum, eine Modernisierung zu überwinden, die sich darauf beschränkt, als Vorbild den Konsum der

Industrieländer zu nehmen, die Unterwerfung unter dem Finanzkapital zu überwinden und die Fähigkeit des Staates wiederzuerlangen, in die Wirtschaft intervenieren.

Wir können noch ergänzen, dass dieses Mindestprogramm, solche Reformen im Sinne von Rosa Luxemburg nur dann Sinn haben, wenn sie an ein Höchstprogramm gebunden sind, in dem die sozialistische Alternative als „Entmarktung“ des Lebens gesehen wird. Hier können wir noch einmal an die aktuellen globalisierungskritischen Bewegungen und an eines der Mottos des ersten Weltsozialforums denken – „Die Welt ist keine Ware!“ – in dem der Kampf der Bewegungen gegen die Globalisierung und für die Wiedererlangung der öffentlichen Güter zum Ausdruck kommt. Unsere Erfahrung in den letzten zwanzig Jahren war die zerstörerische Vermarktung und Privatisierung aller Lebensbereiche (Bildung, Gesundheit, Kultur, Natur, Erde, Wasser, Lebensformen, wie zum Beispiel die Patentierung von Lebewesen und Saatgut). Heute richtet sich der Kampf gegen die Verwandlung der Welt und des Lebens in Ware. „Der Sozialismus sollte ein Programm für die ‚Entmarktung‘ von allem sein“, für die „Aufhebung des Gewinns als Kategorie“ (Wallerstein, S. 36). Dieses langfristige utopische Ziel sollte den Kämpfen nach kurz- und langfristigen, lokalen, nationalen und globalen Zielen einen Sinn geben. Auf diesem Wege lässt sich die Dialektik von „Reform und Revolution“ wiedererlangen – die „revolutionäre Realpolitik“ im Sinne von Rosa Luxemburg – und so lässt sich über den Pragmatismus, in dem wir gerade zu ertrinken drohen, hinausdenken.

Ein Projekt zur Veränderung im Inneren der kapitalistischen Gesellschaft hat immer etwas Kompliziertes und Polemisches. Und Rosa Luxemburg war sich dieser Spannung zwischen „Vorsicht“ und „Kühnheit“ (Merleau-Ponty), zwischen Gegenwart und Zukunft bewusst, die das gesamte Projekt der radikalen Veränderung begleitet, das versucht, sich im Inneren dieser Gesellschaft zu bilden.

Dies ist das Drama (oder die Tragödie, das hängt von der Konjunktur ab) der gesamten linken Politik in der kapitalistischen Gesellschaft. Wie Rosa Luxemburg selbst in *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie* erkennt, muss sich die Linke (die Sozialdemokratie, wenn man den damaligen Sprachgebrauch übernehmen möchte) „zwischen den beiden Klippen: zwischen dem Preisgeben des Massencharakters und dem Aufgeben des Endziels, zwischen dem Rückfall in die Sekte und dem Umfall in die bürgerliche Reformbewegung, vorwärtsarbeiten“ (GW 1/2, S. 442). Innerhalb der festgelegten Ordnung zu kämpfen bedeutet, dass es nicht möglich ist, die Linke vor „opportunistischen“ Abweichungen zu schützen und diese immer auf revolutionäre Ziele zu richten. Aber obwohl Rosa Luxemburg die Einheit zwischen Reform und Revolution verteidigt (der Kampf um Reformen braucht eine

Einbettung in eine breitere Bewegung mit dem langfristigen Ziel des Sozialismus), hat sie sich niemals mit der Realpolitik, mit der pragmatischen Politik um Reformen ohne weitere Perspektive abgefunden. Zusammenfassend kann man sagen: was wir aus ihrer Theorie oder Praxis lernen können, ist, dass eine Politik der Linken nur Sinn hat, wenn sie das, was „ist“, und das, was „sein kann“, zusammenhält. Oder, mit anderen Worten, die Utopie sollte nie vom Horizont verschwinden, weil wir sonst Gefahr laufen, in vulgären Pragmatismus zurückzufallen.

### **Ein kurzes Schlusswort**

Wir müssen heute in Brasilien, nachdem wir die Illusionen über die PT als eine Alternative zur Veränderung vollkommen aufgegeben haben, eine sozialistische Kultur schaffen (wie die Neue Linke der 1960er und 1970er Jahre). Wir wissen jedoch noch nicht wie. Wir wissen, was wir nicht wollen: wir wollen (und können) nicht den Werdegang der Kommunistischen Parteien, der Sozialdemokratie oder der PT wiederholen. Wir besitzen nur einen Mindestanspruch, den wir von der Neuen Linken aus der Vergangenheit geerbt haben, und der teilweise auch von Rosa Luxemburg inspiriert ist:

1. Kritik am ökonomisch orientierten, deterministischen und dogmatischen Marxismus;
2. Kritik an den zentralistischen, hierarchischen und autoritären Volksparteien (auch wenn sich diese auf der rhetorischen Ebene demokratisch geben, wie das bei der PT der Fall ist);
3. Kritik an jeder Art Autoritarismus von der öffentlichen bis hin zur privaten Sphäre;
4. Ende des Glaubens an eine optimistische, lineare und progressive Theorie der Geschichte, was den Gedanken nahe legt, dass eine menschliche Lösung für die Barbarei des 20. Jahrhunderts nur den Kampf der Massen zur Folge haben kann;
5. heute aber, da der Kapitalismus alle seine schlimmsten Möglichkeiten ausgeschöpft hat, ist etwas mehr notwendig (was für die sozialen Bewegungen, vor allem die anti-autoritären Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre nicht so lebensnotwendig war), das für die Linke des beginnenden 20. Jahrhunderts jedoch unbestritten war: man muss strikt anti-kapitalistisch sein. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Losung: „Sozialismus oder Barbarei“ wieder aufzugreifen.

## Die Linke und die Regierung Lula\*

Emir Sader<sup>0</sup>

Die Regierung Lula hat durch ihre Fortsetzung der „geerbten“ Wirtschaftspolitik die brasilianische Linke in eine Identitätskrise geführt und setzt diese einer harten – sowohl ideologischen als auch politischen – Bewährungsprobe aus. Wie soll man sich gegenüber dieser Regierung verhalten?

Aufgrund ihrer Unfähigkeit, eine alternative Basis zu bilden, sich zu vereinigen und eine umfassende Volksbewegung auszulösen, zeigen sich die Flügel der Linken, die der Regierung Lula kritisch gegenüber stehen – sowohl parteiintern wie auch ausserhalb der PT – als Teil der Krise und nicht als Faktoren zu deren Bewältigung. Sie artikulieren zum Teil ihre Unzufriedenheit mit zentralen Fragen der Regierungspolitik, aber sie konnten diese weder in eine Fähigkeit zur Mobilisierung noch in politische Kraft umwandeln. Sie waren ebenfalls nicht in der Lage, Initiativen ins Leben zu rufen, um die zentralen Themen der Debatte wieder über die Polarisierung der Kennzeichen des hegemonialen Liberalismus hinaus zu heben.

Als Ausnahmen sind hier die Landlosenbewegungen mit ihrer Fähigkeit zur Mobilisierung des Volkes für eine Agrarreform zu nennen, die ihre Position wirkungsvoll und bestimmt im Rahmen von Dialogen mit der Regierung einerseits, und Mobilisierung, Unterstützung und Kritik andererseits in die Praxis umgesetzt hat, deren Haltung sich jedoch bis heute nicht als Modell für andere politische Gruppierungen der Linken durchsetzen konnte. Eine weitere Ausnahme, die von der Landlosenbewegung (MST) unterstützt wird und zu einer Initiative werden kann, die dazu beiträgt, die Achse der Debatten in eine für die Linken günstigere Richtung zu verschieben, ist die Gesetzesinitiative zur Volksbefragung, die unter anderem von Institutionen wie der Anwaltskammer in Brasilien vorgelegt wurde und in der das Recht auf Volksbefragung bei grundsätzlichen und gewichtigen Fragen des Landes verankert werden soll.

Der Prozess der Vorstandswahlen der PT erscheint als eine weitere Gelegenheit, die Situation der Linken darzustellen – in diesem Fall der Flügel innerhalb der PT – sowohl um ihr Wahlprogramm kennenzulernen als auch um ihr parteiinternes Gewicht und ihre Integrationskraft zu messen. Allein die Tatsache, dass sich verschiedene Kandidaten vorgestellt haben, kann als Indiz für einen bequemen Sieg der aktuellen Parteispitze gewertet werden und

---

\* Ersterscheinung in: [www.outrobrasil.net](http://www.outrobrasil.net). Deutsche Übersetzung: *Summe Traduções* (Cida Krause).

<sup>0</sup> Emir Sader ist Essayist und emeritierter Dozent am Fachbereich Philosophie der Fakultät für Philosophie, Philologie und Humanwissenschaften der Universität São Paulo und Koordinator des Projekts “OUTROBRASIL” ([www.outrobrasil.net](http://www.outrobrasil.net)) im Labor für Öffentliche Politik der Universität Rio de Janeiro. Unter anderen Büchern veröffentlichte er: *A vingança da história* (São Paulo, Boitempo, 2003).

bestätigt die Unfähigkeit der Linken, eine Kraft zu bilden, zumal die verschiedenen Strömungen mehr auf ein Kräftemessen untereinander als auf die Einheit im Kampf gegen die Achse des Neoliberalismus – die Wirtschaftspolitik der Regierung – aus sind.

### **Die PT und die Linke**

Die PT hat im letzten Vierteljahrhundert eine zentrale Rolle im politischen Umfeld der Linken besetzt. Diese Hauptrolle war von Anfang an sozial und politisch, denn die Partei wurde unmittelbar aus den sozialen Bewegungen heraus gegründet – es gibt sogar die Formulierung, es handele sich um eine „Partei der sozialen Bewegungen“, als eine Art politischer Ausdruck der sozialen Kämpfe. Die Partei ist demnach als Ausdruck der Streiks Ende der 1970er Jahre und der neu aufsteigenden Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen worden. Sie wurde als eine Oppositionspartei zur Diktatur gegründet, gestützt auf eine klassenbewusste Arbeiterbasis. Der eigentliche Zweck dieser Parteigründung – einer Partei, die sich von der traditionellen Politik abgrenzte – war es, der Politik einen anderen Sinn zu geben, durch eine neue Beziehung zwischen dem Sozialen und dem Politischen, zwischen der Basis und der Parteispitze.

Nachdem sich die PMDB eher Mitte-links und die PDT im Zentrum ansiedelte und angesichts der geringen Aussagefähigkeit sowie der politischen Differenzen anderer Kräfte der Linken –PCB, PCdoB und MR-8 – stellte sich die PT als der wichtigste Vertreter der Linken dar. In ihren Aussagen, die wenig in die Tiefe gingen, identifizierte sie sich mit dem Anti-Kapitalismus und dem Sozialismus – dem man fast immer die Qualifikation „demokratisch“ hinzufügte, um sich vom Sowjetmodell zu unterscheiden, ohne sich jedoch klar gegenüber der Sozialdemokratie abzugrenzen.

Später begann die PT, in dem Maße, wie sich das politische Handeln auch auf die Ebene der Wahldemokratie ausdehnte, ihre Rolle als wichtigste Partei der Linken in der neuen Zeit zu konsolidieren. Die starke Präsenz Lulas als Führer der Massen, der sofort mit der PT gleichgesetzt wurde, verstärkte diesen Mechanismus.

In den Präsidentschaftswahlen 1989, als Lula es in den zweiten Wahlgang schaffte, haben sich die PT und insbesondere Lula auf diesem Platz im Zentrum der Linken besonders gefestigt. Das Wahlkampfmotto für die Präsidentschaftswahlen 1994 – Ethik in der Politik und Priorität der Sozialpolitik – gaben den Ton und die Grenzen dieser Hauptrolle an. Die Wahlniederlage – vor allem angesichts der traumatischen Umstände, zum ersten Mal Favorit gewesen zu sein und vom Plan zur Währungsstabilität von Fernando Henrique Cardoso überrollt worden zu sein – war Auslöser für den größten Umschwung in der PT in ihrem Streben nach der Regierungsverantwortung.



Die Partei hatte ihren Platz als hegemonische Kraft in der Linken jedoch bereits konsolidiert. Die Allianz unter Brizola 1998, die systematische Unterstützung der PC do B und der PSB trugen dazu bei, diese Position zu festigen. Der Aufstieg Lulas als Präsidentschaftskandidat neben dem sehr viel langsameren Wachstum der PT schuf eine Distanz zwischen der Partei und dem Kandidaten, formalisiert durch die Schaffung der Parteistiftung *Instituto da Cidadania*, wodurch die Autonomie Lulas gegenüber der PT institutionalisiert wurde.

Der Wahlkampf 2002 und die Regierung Lula wurden schließlich zu einem strategischen Dilemma für die Linke. Lula behielt die Schlüsselpolitik der Regierung Cardoso (gegen die sich die PT systematisch gewehrt hatte) und auch in der Regierung seine Rolle als Achse der Politik (an der sich alle Handlungen ausrichten und in der die Parameter der Regierung definiert werden) bei, hat sich vom neoliberalen Modell nicht abgewandt und somit die Linke vor die Frage gestellt, welche Beziehung zu einer solchen Regierung aufrecht erhalten werden sollte.

### **Die Wege der Linken**

Die verschieden geartete Kritik, die von den unterschiedlichen Flügeln der Linken gegenüber der Regierung Lula geäußert wurde, hat als gemeinsamen Nenner die Kritik an der Fortführung der orthodoxen Wirtschaftspolitik. Aber anstatt dies als einen Faktor für die Einigung dieser Flügel innerhalb einer gemeinsamen alternativen Basis und zu einem gemeinsamen Kampf zu sehen, beobachten wir auf beiden Ebenen – sowohl bei den Gruppierungen, die aus der PT ausgetreten sind, als auch bei den Gruppierungen, die noch in der PT sind - eine Teilung und Zersplitterung.

Sowohl diejenigen, die aus der PT ausgetreten sind und zu anderen Parteien – PSOL, PSTU – überwechselten oder parteilos blieben, als auch jene, welche in der Partei blieben und sich dort in verschiedene Flügel mit weiteren Untergruppierungen aufteilten, zeichnen sich durch die oben genannten Merkmale aus. Es zeigt sich keine politische Alternative, mit alternativen Vorschlägen für die Kräfteverhältnisse im In- und im Ausland, die in der Lage wäre, mit dem, was mit dem Land, mit der PT, mit der Regierung Lula und der Linken allgemein geschehen ist, fertig zu werden.

Dies ist wesentlich für die Feststellung, dass die tiefgreifenden regressiven Veränderungen im weltweiten Kräfteverhältnis auch vor Lateinamerika und Brasilien, einschließlich der Linken, nicht halt gemacht haben, die auf unterschiedliche Art und Weise und in unterschiedlichem Maße betroffen sind, die jedoch die Kräfteverhältnisse auf wirtschaftlicher, sozialer, politischer und ideologischer Art und Weise signifikant verändert haben. Ansonsten würde man automatisch in die Interpretationen über den „Verrat“ durch die politischen Führungskräfte zurückfallen, ein schwaches Argument, das sich in letzter Instanz, da es so viele Strömungen und Führungskräfte betrifft, schließlich in Thesen resümieren würde, die sich –

nicht zufällig – wieder über die Korruption der Macht und die Schwäche der menschlichen Natur angesichts der Macht auslassen, so dass uns letztendlich nur noch die „Foucault’sche“ Möglichkeit bleibt, die von den NGOs zur äußeren Kontrolle der Macht angewandt wird, um die hierdurch verursachten Schäden zu minimieren.

Aus dieser subjektiven und fragmentierten Sichtweise heraus ist es nicht möglich, die großen historischen Bewegungen, von deren materieller Basis bis hin zu ihren ideologischen Konzepten, über die Veränderungen der Klassen und die Beziehungen zwischen diesen zu verstehen. Indem man sich auf die Widerstandsfähigkeit der sozialen Bewegungen stützt – zum großen Teil handelt es sich in Lateinamerika um Bewegungen aus einer ländlichen Basis heraus, die wie im Fall Mexiko und Brasilien nicht in der Lage sind, die Achse der Kräfteverhältnisse zu verändern –, hat man es vorgezogen, die Macht der neoliberalen Hegemonie zu verharmlosen, obgleich gerade die Unfähigkeit, diese soziale Widerstandskraft in politische Kraft umzuwandeln, nicht nur aus dem Unvermögen der politischen Führungskräfte resultiert, sondern aus den spezifischen Schwierigkeiten, vor die die neoliberale Hegemonie die Linken stellt.

Der Text von Perry Anderson über die Bilanz des Neoliberalismus (in „Pós-neoliberalismo“ herausgegeben von Emir Sader und Pablo Gentili, Verlag Vozes) sowie der Vergleich, den er zwischen den 1960er Jahren und dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts macht (in „Afinidades eletivas“ herausgegeben von Emir Sader, Verlag Boitempo) stellen wichtige Studien dar, die den Übergang von einer historischen Epoche zur anderen bewusst machen. Deren Lektüre und Diskussion sind immer noch Grundvoraussetzung, um die Kennzeichen unserer heutigen Zeit zu verstehen, sowohl die Situation in Brasilien als auch die Veränderungen, die durch die liberale Hegemonie erfolgten – zunächst in der Opposition gegen die Diktatur, mit dem Vorherrschen des liberal-demokratischen Konzeptes, später dann, in der Zeit nach der Diktatur, als sich diese Hegemonie von der politisch-rechtlichen Ebene auf die wirtschaftliche und ideologische Ebene verlagerte, mit der neoliberalen Politik und der Konsumideologie, dem Marketing, dem Individualismus und der Übernahme des „American way of life“, auch in der Politik.

Die Linke hat große Schwierigkeiten, die regressiven Veränderungen im Kräfteverhältnis zu untersuchen. Insbesondere in einer Zeit von Niederlagen oder Verlusten sind selbstkritische Bilanzen notwendig, in denen Schwächen sowie das neuentstandene Kräfteverhältnisse ausgesprochen werden, auch wenn es sich im Vergleich zur Vergangenheit negativ darstellt. Da auch die Begeisterung der Aktivisten einen Antrieb darstellt, neigt man stärker dazu, die Regression und die steigenden Schwierigkeiten zu unterschätzen, und diejenigen, die hierzu anderer Meinung sind, als „Defätisten“ zu bezeichnen. Es werden die selben politischen Ziele aufrechterhalten, auch wenn ein „Verrat“ der politischen Führungsspitzen zugegeben wird, als

würde dieser, für sich allein genommen, nicht schon einen Schlag gegen die Kraft der Linken bedeuten.

### **Niederlage und Zersplitterung**

Die Zersplitterung ist ein gemeinsames Element der Flügel innerhalb und außerhalb der PT. Die Gründung der PSOL konnte bisher nicht – und je mehr Zeit vergeht, desto geringer sind die Chancen, dies zu erreichen – die Unzufriedenheit der großen Mehrzahl der PT-Mitglieder vermindern. Es wurden einige Flügel der PSTU aufgenommen, aber es konnten keine weiteren Gruppierungen gewonnen werden. Eine der Untergruppen, die während des Weltsozialforums in Porto Alegre im Januar dieses Jahres aus der PT ausgetreten ist, ist gar nicht in die PSOL eingetreten. Die Welle der Austritte aus der CUT [*Dachverband der Gewerkschaften*], die ihren Höhepunkt mit dem Austritt von ANDES erreichte, ist ein Beweis für die Unfähigkeit, zwischen einem gemäßigten Aliierten der Wirtschaftspolitik der Regierung und einem Gegner zu unterscheiden, und führt so zur Isolierung und zur immer stärker werdenden Zersplitterung der Gewerkschaften gerade zu einem Zeitpunkt, an dem mehr Kraft und Einheit notwendig wäre. Somit wird die Linke innerhalb der CUT geschwächt und die Gewerkschaften, die austreten, isolieren sich selbst in einer bedenklichen und selbstmörderischen Haltung. Dies führt dazu, dass diese Flügel immer schwächer werden, an Boden verlieren und der defätistischen Logik der Trennung und Aufspaltung in Gruppen folgen, immer begleitet vom Sektierertum, das von Lenin als linksradikales Verhalten charakterisiert wurde.

Das grösste – und offensichtlich einzige – Projekt der PSOL ist die Kandidatur von Heloisa Helena bei den Präsidentschaftswahlen 2006, um die historischen Forderungen der PT zu erfüllen; es stellt den Versuch dar, der Unzufriedenheit innerhalb und außerhalb der Partei entgegenzuwirken. Aber vorerst ist die Partei auf nationaler Ebene politisch fast nicht präsent, es wird auch weder an einer allgemeinen politischen Vision noch am gemeinsamen Aufbau der Kandidatur gearbeitet, durch welche weitere soziale Flügel mobilisiert werden könnten. Durch die Förderung der Austritte aus der CUT sowie die Unterstützung von Gruppierungen, die eine Alternative zur Landlosenbewegung darstellen, zeigte die PSOL auch weder die Fähigkeit zur sozialen Mobilisierung noch ideologische oder politische Präsenz durch Publikationen, Seminare oder andere Arten von Veranstaltungen. Während sich die PSTU diesen Bereich mit einer viel intelligenteren und umfassenderen Politik zunutze macht und als Katalysator dieser Unzufriedenheit agiert, scheint die PSOL in der Erwartung der Wahlkampagne im nächsten Jahr vorzeitig zu altern, ohne alternative Strategien zu entwerfen, die über das Konzept einer Wahldemokratie hinausgehen würden, und verbindet damit in ungewöhnlicher Form Linksradikalismus und Werbung um Wählerstimmen.

Währenddessen driften die internen Flügel der PT, wie in der Einleitung bereits erwähnt wurde, auseinander, ohne sich die im Moment bestehende Gelegenheit für eine große Vereinigung der Kräfte gegen die Achse des Neoliberalismus – die Wirtschaftspolitik der Regierung – zunutze zu machen, und stellen mindestens vier Kandidaten auf, von denen jeder aus einer Strömung oder einem internen Flügel stammt, die zwar behaupten, sich in der Opposition einig zu sein, aber dennoch lieber ihr parteiinternes Gewicht messen, als würde sich ihre Realität auf den Kampf um Hegemonie in der Opposition gegen die Führungsspitze beschränken, und nicht auf die Bildung einer hegemonischen Alternative zu dieser Führungsspitze zielen.

Die Aufstellung von Kandidaten der „Articulação da Esquerda“ und der „DS“ hat diesen Wettbewerb zwischen den Strömungen anstelle einer Vereinigung im Kampf gegen den Neoliberalismus bereits deutlich gemacht. Gramsci hatte bereits vor dem Risiko des Sektierertums gewarnt, die Parteigeschichte als eine Geschichte der internen Szenarien zu schreiben, ohne sich über das tatsächliche Kräfteverhältnis klar zu werden, das in der Gesellschaft, als ein Raum zur Bildung von Alternativen und des hegemonischen Kampfes, entsteht. Die anderen Strömungen oder Flügel haben diese Haltung mitgetragen, indem sie ihre Kandidaten aufstellten und somit den Sieg der Führungsspitze der PT erleichterten, paradoxerweise zu einer Zeit, in der eine immer stärkere Unzufriedenheit der PT-Aktivisten deutlich wird. Schließlich trägt dies zu einer Lähmung der PT als Partei bei, was wiederum die Autonomie der Regierung und Lulas gegenüber der Partei erleichtert.

# Fragen der Planung einer Sozialpolitik: eine Synthese\*

Laura Tavares Soares<sup>0</sup>

## 1. Die zentrale Rolle der Sozialpolitik in der Entwicklungsstrategie

Um den Auswirkungen der strukturellen Ungleichheit sowie den Folgen der in den letzten Jahren zunehmend „ausgrenzenden Modernisierung“ begegnen zu können und außerdem unverzichtbare kurzfristige Maßnahmen in der Bekämpfung der extremen Armut einzuführen, haben wir auch die Pflicht, uns Gedanken über eine Alternative für die Zukunft zu machen, die bereits in der Gegenwart begonnen werden muß. Unter dieser Perspektive benötigen wir mehr denn je *eine echte Sozialpolitik, die nicht aus „Resten“ zusammengestellt wurde, die selbst eine reale Alternative zur Entwicklung darstellt, die in die Kreise der Bürgerschaft auch jene mit aufnimmt, die nicht so bald in der Lage sein werden, sich ihren Zugang über den „Markt“ zu verschaffen.*

Angesichts der entstandenen Armut muss das Argument des *Möglichen* Vorrang erhalten gegenüber der angeblichen *Unmöglichkeit* von Alternativen und vor allem gegenüber einer Wirtschaftspolitik, der sich die gesamte andere Politik unterordnet. Das bisherige Verständnis macht die Sozialpolitik letztlich zu einer nur *möglichen* Ergänzung zur Wirtschaftspolitik, in einer Beziehung der Unterordnung, die die Wahlmöglichkeiten einschränkt. Diese Ergänzung erfolgt fast immer in Form von Notfallprogrammen zur Bekämpfung der Armut: diese haben sehr geringe Erfolgsaussichten angesichts des Sysiphus-Charakters dieser Strategien gegenüber der Reproduktion (und, in einigen Fällen, der Ausweitung) der Faktoren, die die Armut begünstigen.

Dies bedeutet, es muss eine Sozialpolitik gedacht, formuliert und eingeführt werden, die Bestandteil des Entwicklungsprozesses, den man für dieses Land anstrebt, sein muss. Hier wurde bewusst der Singular verwendet. Es ist notwendig, die verschiedenen „Sozialpolitiken“ – die isoliert und zerstückelt sind – zusammenzufassen und eine einzige Sozialpolitik zu schaffen, die sich als eine „Meta-Politik“ versteht und die Richtlinien der weiteren Politik, einschließlich der Wirtschaftspolitik, bestimmt und integriert. Nur das Prinzip der Einheit in der Sozialpolitik kann für gerechtere Lebensbedingungen sorgen, und die enormen Ungleichheiten, die es in Brasilien noch gibt, überwinden.

Um Sozialpolitik als Bestandteil der Entwicklung zu sehen, müssen wir akzeptieren, dass ihre Projekte, Programme und Aktionen eine notwendige, unverzichtbare und vorrangige

---

\* In dieser Analyse bemühten wir uns, eine „Synthese“ der Ideen und Vorschläge zu erstellen, die in irgendeiner Weise bereits in vorangegangenen Analysen und Texten der Autorin vorgestellt wurden. Deutsche Übersetzung: *Summe Traduções* (Cida Krause).

<sup>0</sup> Die Autorin ist Dozentin an der Universidade Federal do Rio de Janeiro; Koordinatorin des Projekts „OUTROBRASIL“ ([www.outrobrasil.net](http://www.outrobrasil.net)) im Labor für Öffentliche Politik der Universidade do Estado do Rio de Janeiro. E-mail Adresse: [laurats@uol.com.br](mailto:laurats@uol.com.br)

*Investition* sind. Es geht darum, die Annahme, dass soziale Entwicklung von selbst aus dem Wirtschaftswachstum entstehen kann, umzukehren und die Sozialpolitik aus ihrer traditionellen, der Wirtschaftspolitik untergeordneten Rolle zu befreien. Unter dieser Perspektive ist es notwendig, die „Reihenfolge“ der Faktoren *Stabilisierung – Wachstum – Verteilung* umzukehren. Es gibt in unserer Geschichte ausreichend Beweise dafür, dass es sehr große Widerstände gibt, wenn man den hohen Konzentrationsgrad der Einkommensverteilung verändern möchte, so dass die starken sozialen Ungleichheiten auch in Situationen des Wirtschaftswachstums bestehen bleiben.

Es ist auch notwendig, sich von dem Glauben zu trennen, dass öffentliche Maßnahmen immer mit „Ausgaben“ und „Defiziten“ gleichzusetzen ist. Sie tragen schließlich auch dazu bei, die angestrebte Vollbeschäftigung und geplante Einkommensziele zu erreichen. Der Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst beispielsweise gewährleistet nicht nur den Umfang und die Qualität der wichtigen Sozialdienstleistungen wie Gesundheit und Erziehung, sondern stellt auch einen wichtigen Faktor für die Erweiterung des Arbeitsmarktes<sup>7</sup> dar und fördert demnach Arbeitsplätze und Einkommen. Auf der anderen Seite kann die Investition in die öffentliche Infrastruktur auch eine Verteilungspolitik in dem Maße darstellen, in dem sie jenen den Zugang zu Gütern und öffentlichen Dienstleistungen ermöglicht, die nicht in der Lage sind, diese auf dem „Markt“ zu „erwerben“.

Die tatsächlich umverteilenden sozialen Maßnahmen gewährleisten per se bereits Wachstum und soziale Integration. Ein wichtiges Beispiel hierfür ist unsere universelle Sozial- und Rentenversicherung, heute verantwortlich für den Unterhalt von Millionen brasilianischer Familien – vor allem in den Kleinstädten und in den ländlichen Gebieten – sowie für die Belebung der Wirtschaft in mehr als die Hälfte unserer Gemeinden.

Auf der anderen Seite darf sich Sozialpolitik bei der Bildung eines Entwicklungsprojektes für dieses Land nicht nur auf die Perspektive der „Schaffung von Einkommensmöglichkeiten“ beschränken. Sie muss nämlich in sich auch die Möglichkeit bergen, soziale Rechte, die Bestandteil der Menschenrechte und der Bürgerrechte sind, zu gewährleisten. Unter diesem Blickwinkel sind Erziehung und Gesundheit nicht in erster Linie notwendig um die „Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen“<sup>8</sup>, oder auch nur um Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, sondern auch – und vor allem – um allen Brasilianern den Zugang zu den Grundrechten zu ermöglichen.

---

<sup>7</sup> Der Rückzug des Staates und der Rückgang von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst wird von der CEPAL (Wirtschaftskommission für Lateinamerika) als ein wichtiger Faktor für das Schrumpfen des Arbeitsmarktes in unseren Ländern angesehen.

<sup>8</sup> Diese These wird heute sehr stark von internationalen Einrichtungen verteidigt, die das sogenannte „menschliche Kapital“ als „strategisch“ bezeichnen, um die „Wettbewerbsfähigkeit“ der „Entwicklungsländer“ zu erhöhen.

Somit verteidigen wir die These, dass so, wie die *soziale Ausgrenzung* nicht ausschließlich anhand des Einkommens gemessen werden kann, auch die *soziale Integration* eine sehr viel weiter gesteckte Reihe von Handlungen notwendig macht, als lediglich Einkommensmöglichkeiten zu garantieren, um diese auf dem „Markt“ zu konsumieren.

## **2. Finanzierung der Sozialpolitik**

Wenn wir uns in die oben aufgezeigte Perspektive begeben, wird der Frage der Finanzierung notwendigerweise ebenfalls eine andere Richtung erhalten und die Argumente der Debatte werden „umgekehrt“. Zu behaupten, dass die Finanzierung des brasilianischen Staates aus sozialer Sicht noch lange nicht progressiv ist, ist eigentlich nichts Neues. Sowohl die öffentlichen Einnahmen als auch die öffentlichen Ausgaben weisen historische und sichtbare Kennzeichen von Regression auf.

Jedoch beschränkte sich die Untersuchung der öffentlichen Finanzierung, ausgehend von der zentralen Rolle, die der *Steueranpassung* zugewiesen wurde, ausschließlich auf die „Ausgaben“. Das ist, als würde keine Möglichkeit bestehen, die Einnahmen zu erhöhen und als gäbe es vor allem keine Marge für die Umverteilung aus den Grundlagen der Steuereinnahmen. Die Schuld wird immer den „übermäßigen“ Ausgaben oder den „an der falschen Stelle“ eingesetzten Ausgaben zugewiesen (ein Vorwurf, der systematisch an die sozialen Ausgaben ergeht), und es wird nie die rückschrittliche Steuerpolitik, welche die Einkommensstruktur konzentriert, thematisiert. Die Korrektur erfolgt also immer auf der Ausgabenseite. Dabei wird nicht zur Kenntnis genommen, dass die eigene Steuerpolitik immer auf einen orthodoxen Monetarismus gegründet ist und in eine Wirtschaftsrezession führt, in der die Einnahmen weiter zurückgehen und ein neuerliches Defizit im öffentlichen Sektor entsteht. Die Lösung für das „Defizit in den Haushaltskassen“ wird in einer weiteren Verschuldung gesehen, die ihrerseits zu einer weiteren Steuererhöhung führt, mit weiteren Ausgabensperren und somit eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben in Investitionen, die in irgendeiner Weise die Margen der Ungleichheit vermindern könnten, unmöglich machen. Die Bezahlung der Zinsen der brasilianischen Schulden wurde zur wichtigsten und unflexibelsten Komponente der Haushaltsausgaben. Insofern schlagen wir vor, statt das Augenmerk auf die Sozialausgaben zu richten, den Schwerpunkt auf die Steuererhöhung zu verlegen – gegen die linearen Einschnitte.

Eine weitere Frage ist die Trennung zwischen *den beitragsorientierten* und den *nicht-beitragsorientierten Sozialausgaben*, die durchgeführt wird um den „Versicherungscharakter“ der ersten Art von Ausgaben dem angeblich allgemeinen Charakter der nicht beitragsgebundenen Ausgaben gegenüber zu stellen. Im Gegensatz zu diesem Ansatz vertreten wir die Theorie, dass ein System der sozialen Sicherheit heutzutage weder auf die beitragsorientierten noch auf die

nicht beitragsorientierten Mittel verzichten kann. Dies ist ausserdem auch in der Verfassung von 1988 im Kapitel über die Sozialversicherung verankert, in dem steht, dass diese von der gesamten Gesellschaft durch Steuern und Beiträge verschiedener Art finanziert werden sollte. Dies ist ganz besonders aktuell in einer Welt, in der die Gehaltsabrechnung bereits keinen sozialen Schutz mehr bietet, geschweige denn einen bestehenden Schutz erweitert. Eine *Mischung* aus beitragsgebundenen und nicht beitragsgebundenen Einkommenquellen ist wesentlich für die Finanzierung der Sozialpolitik. Dieses Konzept der Ausdifferenzierung der Finanzierungsquellen konnte bisher die *Nachhaltigkeit*<sup>9</sup> des Sozialversicherungshaushaltes gewähren, der trotz aller wirtschaftlichen Krisen immer noch einen Überschuss verzeichnet.

Der allgemeingültige Charakter der Sozialpolitik liegt in ihrer Gewährleistung eines Zugangs für jede/n brasilianische/n BürgerIn – ohne irgendwelche Einschränkungen oder Bedingungen – und nicht in deren Finanzierung ausschließlich aus Steuergeldern. Auch in diesem Bereich wurde die Debatte in zunehmendem Maße systematisch *umgekehrt*. In Brasilien werden die Mittel aus Steuereinnahmen eingesetzt, um die Wirtschaft zu unterstützen, wohingegen die Mittel aus Beiträgen die Sozialpolitik finanzieren sollen, inklusive in den Bereichen Sozialhilfe und Gesundheit. Wenn man zudem den vorherrschend indirekten Charakter unseres Steuersystems betrachtet sowie die Umlage der Sozialabgaben, die den Unternehmen auferlegt werden, auf den Endpreis, kann man sagen, dass der Verbraucher in letzter Instanz die sogenannten beitragsorientierten Ausgaben finanziert, vor allem die Bedürftigeren, die im Verhältnis zu ihren Einkünften eine höhere Steuerlast zu tragen haben.

In der Debatte über die Rentenreform wurde in dieser Richtung sehr viel Verwirrung gestiftet, indem man auch die Sozialversicherung in der Landwirtschaft als „soziale Unterstützung“ bezeichnete, obwohl diese in Wirklichkeit im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Arbeit<sup>10</sup> steht. Wenn wir eine Perspektive einnehmen wollen, die den *Versicherungscharakter* unseres Sozialversicherungssystems überwindet und dieses auf eine tatsächlich allgemeine Basis erweitert – indem das Prinzip der *Beitragsäquivalenz* durch das Prinzip der *Bedürftigkeit* und des *Rechtes* abgelöst wird – so bringt uns diese Trennung zwischen „beitragsorientierten“ und „nicht-beitragsorientierten“ Mitteln nicht weiter. Diese Dimensionen sind ebenfalls untrennbar, wenn wir möchten, dass das System einen tatsächlichen Beitrag zur Neuverteilung leistet. Diese Eigenschaft darf jedoch nicht von der Natur unseres Steuersystems getrennt werden, in dem die Progression auch eine wesentliche Bedingung dafür ist, dass diese Neuverteilung erfolgt. Dies ist unter anderem der Grund, warum eine Rentenreform, die den Anspruch erhebt, einschliessend zu sein, nicht von der Steuerreform getrennt werden darf – bei der die Steuern und Beiträge nur in

---

<sup>9</sup> Um einen in der heutigen Debatte immer wiederkehrenden Ausdruck zu verwenden

<sup>10</sup> Auch für diese Arbeit müssen Abgaben geleistet werden, diese sind in der Verfassung verankert und in nachträglichen Verordnungen geregelt.



dem Sinne neu formuliert werden müssen, dass die Progressionsgrenzen erhöht werden müssen, um eine gerechtere öffentliche Finanzierung durchzuführen.

### **3. Dezentralisierung, Verlagerung auf die Gemeinden und die Beziehungen zwischen den Regierungsebenen**

Die Bearbeitung von tiefgreifenden regionalen Problemen hat die öffentliche Politik in unserem Land vor schwere Dilemmata gestellt. Die Relevanz und die Notwendigkeit eines Systems zur Mittelüberweisung, das eine interregionale Einkommensneuverteilung ermöglicht, lässt sich – in einem vollkommen heterogenen Land mit riesigen Ausmaßen – nicht leugnen.

Auf der anderen Seite ist es notwendig sich zu fragen, ob unsere Struktur zur Verlagerung von Steuermitteln dieser Rolle gerecht werden kann, solange diese mit einem grausamen Prozess von Steuererhöhungen und Verschuldung von Bundesstaaten und Gemeinden einhergeht; wenn lineare und rückschrittliche Kriterien der Umverteilung angewandt werden und vor allem wenn auf unverhältnismäßige Art und Weise die sozialen Abgaben in den Gemeinden umverteilt werden.

Die Frage des Föderalismus kommt in unserer Geschichte häufig vor, insbesondere in Zeiten politischer Krisen und des Konjunkturrückgangs, mit denen ein Rückgang der öffentlichen Einnahmen einhergeht. Sie wird begleitet vom Wechsel zwischen Zentralisierungs- und Dezentralisierungsbewegungen und ist gekennzeichnet durch die strukturellen Eigenschaften des brasilianischen Staates, die zu einem *unvollständigen Föderalismus* führten. Dieser Prozess drückt sich in den politischen und finanziellen Beziehungen zwischen der Union und den weiteren Organen des Bundes aus, deren Konflikte die Erwartungen eines Großteils der Bevölkerung nach sozialen Errungenschaften und der lokalen Regierungen nach mehr Autonomie und Mitteln stets frustriert haben.

Seit den 1990er Jahren beginnt ein neuer politischer Kontext, der durch wirtschaftliche Anpassung und die neoliberale Ideologie gekennzeichnet ist, und die Frage der Dezentralisierung wird auf neue Grundlagen gestellt. Der Prozess des Abbaus der notwendigen sozialen Dienstleistungen erhält als eine seiner zentralen Strategien die *Abgabe der Verantwortung* der Regierungen der Union und der meisten Bundesstaaten, zusammen mit einer steigenden *Verlagerung* der öffentlichen Maßnahmen im sozialen Bereich *auf die Verwaltungen der Städte*.

In einem neoliberalen Kontext gehen die Prozesse der Dezentralisierung, die sowohl in Brasilien wie auch in anderen Ländern Lateinamerikas ausbrechen, mit Privatisierungsprozessen der öffentlichen Dienste einher, was in Hinblick auf eine Streuung der Mittel, auf die Zerstückelung von Maßnahmen, die Erhöhung der regionalen Ungleichheiten und in vielen Fällen auf eine Verminderung der Lösungsfähigkeiten und der Wirksamkeit von öffentlichen

Maßnahmen bei gleichzeitiger Verschlimmerung und Verstärkung der Komplexität der sozialen Frage schwere Folgen hat.

Die allgemeine *Verlagerung* der sozialpolitischen Maßnahmen *auf die Stadtverwaltung* wurde mit dem Gedanken der Bürgernähe der lokalen Regierungen gerechtfertigt, die effektiver handeln und besser kontrolliert werden könnten. Diese Debatte ist nicht ausreichend und diese Ideen sind „nicht am rechten Ort“, vor allem, wenn man sie innerhalb des brasilianischen Kontextes betrachtet. Es wird der Gemeinplatz reproduziert, dass die „lokale Politik“ reiner und demokratischer sei und dass sie die einzige Alternative zur Lösung der sozialen Probleme, die die Menschen belasten, darstellen würde. Wie jede falsche Ideologie gehen diese Ideen an der politischen und sozialen Realität vorbei, die durch verwurzelte und konservative Machtstrukturen vor Ort gekennzeichnet sind, wie zum Beispiel den „*coronelismo*“ (Anm. d. Übersetzerin: Brasilianische Form des Klientelismus, bei welcher lokale Machthaber Angehörige der sozialen Unterschicht unter ihren „Schutz“ stellen und im Gegenzug von diesen Gefolgschaft bei den Wahlen erwarten.). Diese lokalen Herrschaftsbeziehungen reproduzieren sich modernerweise in der Peripherien der Städte, zum Beispiel durch den Verkehr, immer dort wo sich die Regierung vollkommen entzieht und ihrer sozialen Rolle nicht gerecht wird.

Trotz der Argumente, dass „der Bürger in der Gemeinde lebt“ und dort Kontrolle und soziale Teilnahme besser ausführen kann, wenn die Leistungen von der „Politik vor Ort“ verwaltet werden, so führt die Dezentralisierung der Sozialprogramme nicht *automatisch* zu einer stärkeren Demokratisierung und Beteiligung. Das heisst, die „lokale“ Form ist nicht notwendigerweise demokratischer als die „zentrale“. Es kann nachgewiesen werden, dass die erfolgreichen und tatsächlich partizipativen politischen Maßnahmen jene sind, die von Volksregierungen und demokratischen Regierungen im Rahmen von alternativen politischen Projekten durchgeführt werden, unabhängig davon ob diese auf Gemeinde-, bundesstaatlicher oder Bundesebene erfolgen.

Der Prozess der Verlagerung von praktisch allen Sozialprogrammen direkt in die Gemeinden, wie er in den letzten zehn Jahren vorstatten ging, und der die Aufgaben und Belastungen in den Gemeinden in zunehmendem Maße erhöhte, weist folgende Probleme auf:

- Die Dezentralisierung der Aufgaben geht nicht in gleichem Maße einher mit der Dezentralisierung der Mittel in Quantität und in Qualität; die Zuwendungen sind unregelmässig und gehen nicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse wie die heterogenen Interventionsfähigkeiten der Stadtverwaltungen und der Gemeinden ein.
- Diese Dezentralisierung führte in vielen Fällen zu einem Auseinanderbrechen der Strukturen in Bezug auf die vorhandenen sozialen Ausrüstungen auf Bundes- und

Bundesstaatlicher Ebene, ohne dass die Stadtverwaltungen in der Lage wären, diese aufrecht zu erhalten oder hierfür einen gleichwertigen Ersatz zu schaffen.

- Der Prozess der Dezentralisierung berücksichtigt nicht die Komplexität der sozialen Probleme in bestimmten Gebieten (wie zum Beispiel in den großen Städten), deren Dimension über die Gemeinden hinausgeht und eine regionale Intervention erforderlich macht, die zugleich verbindet und regelt.
- Auf Grund der sehr großen Heterogenität der Gemeinden in Brasilien werden die regionalen Ungleichheiten werden noch, wenn der Dezentralisierungsprozess ausschließlich als „Verlagerung in die Städte“ verstanden wird; dabei gibt es keine Mechanismen, die die Ungleichheiten kompensieren können.
- Die Staaten als Bundeseinheiten treten in diesem Dezentralisierungs- und Gemeindeprozess als Agenten auf, die für die Einführung von regionalpolitischen Maßnahmen verantwortlich sind, und begrenzen sich auf eine sehr häufig formelle Rolle von Koordinatoren und ausschließlichen Geldverteilern.
- Auf diese Weise führt die Politik der Dezentralisierung zu einem tiefen Ungleichgewicht im bereits schwierigen brasilianischen Föderalismus, und nimmt den Bundesstaaten als größeren föderalen Einheiten die Möglichkeiten (sowohl finanziell wie auch technisch und politisch), die sozialen Programme regional und gerechter zu planen und zu koordinieren.

Die mangelnde Lösungskompetenz und Wirksamkeit dieser Art von dezentralisierten und gebündelten Programmen wurde immer offensichtlicher, vor allem in den Stadtgebieten und/oder in großen Ballungsräumen, den sehr viel komplexeren Räumen und sozialen Einheiten, in denen sich heute ein großer Teil der brasilianischen Bevölkerung konzentriert. Die Randgebiete der großen Städte und Metropolen erfordern eine sehr viel umfassendere Intervention, bei der alle Vektoren der öffentlichen Politik kontrolliert werden, die sehr häufig die Grenzen und Möglichkeiten der Regierungen vor Ort/ in den Gemeinden sprengen.

Die dezentralisierte Durchführung von sozialen Programmen, auch wenn in einigen Fällen Synergien möglich sind, ist nicht in der Lage, die zentrale Regierung (Bund) sowie die regionalen (staatlichen) Regierungen von ihren Pflichten zu entbinden in dem, was deren wichtigste Aufgabe im Bereich der Sozialpolitik ist: Eine Dimension der Gleichheit zu schaffen in einem Land, das durch tiefgreifende soziale Ungleichheiten gekennzeichnet ist.

Ziel jeder Sozialpolitik ist es, qualitativ hochwertige Güter und Leistungen anzubieten, die allen zugänglich sind, die im Ort, in der Gemeinde, in der Gegend, im Land leben. Für jede Art oder Form der angebotenen Dienstleistung muss man die beste Strategie entwerfen, um das öffentliche Interesse und die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. In diesem Sinne ist

die „Verlagerung in die Stadtverwaltungen“ kein allgemein anzuwendendes Prinzip oder Regel für irgendwelche politischen Maßnahmen.

Die sozialpolitischen Maßnahmen (zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit, Sozialhilfe, Wohnung und Erziehung) müssen als nationale Systeme mit integrierten Verbindungen geplant werden. Jedem Mitglied des Bundes obliegen andere Verantwortlichkeiten bei der Verwaltung, der direkten Durchführung, Kontrolle und Finanzierung der verschiedenen politischen Maßnahmen, entsprechend ihrer unterschiedlichen Realitäten und Möglichkeiten.

Die Debatte über *Dezentralisierung/ Regionalisierung* sollte als eine der wichtigsten in der Durchführung der Sozialpolitik angesehen werden. Indem man die Trennung „*wer soll nun die Aktionen durchführen*“, der Bund, der Staat oder die Gemeinde, aufhebt, vermeidet man, sich auf falsche Diskussionen einzulassen in dem Sinne, dass die Durchführung auf Bundes- oder staatlicher Ebene die Fähigkeit zur Durchführung oder Intervention durch die Gemeinden aufhebt oder vermindert. Das Gegenteil ist der Fall. Unsere Sicht geht von der Voraussetzung aus, dass die Garantie der integrierten Entwicklung unbedingt einer entschlossenen Handlung der Bundes- und staatlichen Regierung bedarf, die auf der regionalen Eben stark mit den lokalen Fragen verbunden sind.

Auf diese Weise sollte die Suche nach den Bundes- und regionalen Dimensionen als Instanzen der territorialen und intersektorialen Integration in den Aktivitäten der Bundesregierung eine zentrale Rolle einnehmen. Es geht darum, die Formulierung von integrativer Politik auf nationaler und regionaler Ebene zu stärken, indem die Streuung und Zerstückelung der öffentlichen Staatspolitik im sozialen Bereich überwunden wird.

#### **4. Fokussierung und Universalisierung der Sozialpolitik**

Die strukturelle Anpassung neoliberaler Natur hat nicht nur die alten Probleme nicht gelöst, sondern sie hat durch eine steigende Verunsicherung und Arbeitslosigkeit auch neue Probleme verursacht, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitswelt. Armut und soziale Ungleichheit haben eine wachsende Komplexität erfahren; es werden nicht einfach die „neuen Armen“ in die Kontingente der „ehemaligen Armen“ oder Elenden mit aufgenommen. Zeiten der Arbeitslosigkeit verschärfen nicht nur die Lebenssituation der Bedürftigen und ihrer Familien, indem ihre Überlebensmittel noch geringer werden, sondern führen auch die ehemals „zugehörigen“ Familien in die Armut, so dass neue Situationen der Instabilität und der „Halbarmut“ entstanden sind und so die Verletzlichkeit dieser Familien gegenüber Alter und Krankheit erhöht wurde.

Angesichts dieser quantitativen und qualitativen Verschärfung von unzähligen Situationen der sozialen Ungleichheit und des sozialen Ausschlusses erscheint uns der Gedanken, dass „fokussierte“ Lösungen wirksamer seien, sehr abwegig. Vor allem wenn wir die Ergebnisse dieser „Fokussierung“ in den letzten zehn Jahren in Brasilien und in den lateinamerikanischen Ländern prüfen. Trotz der Ausbreitung von Programmen, die sich auf die Bekämpfung der Armut konzentrieren, hat sich die soziale Situation in unseren Ländern nicht nur nicht verbessert, sondern sie verschärft sich in zunehmendem Maße. Es gibt einen offensichtlichen und wiederkehrenden Widerspruch in den hegemonischen Vorschlägen, die von den internationalen Organen verkündet und von den Regierungen in die Tat umgesetzt werden. Die Programme zu „*Verminderung der Armut*“, die sich auf die „Ärmsten der Armen“ oder auf die „am stärksten Betroffenen“ beziehen, werden weiterhin empfohlen, auch wenn man erkennt, dass die sozialen Probleme keine Einzelfälle sind und die „am stärksten Betroffenen“ in Wirklichkeit das Gros der Bevölkerung darstellen. Durch den „Linderungscharakter“ dieser Programme konnten nicht einmal die Bedürfnisse und Mängel der Ärmsten ausgeglichen werden, und man näherte sich in keiner Weise den tatsächlichen Ursachen.

Wie werden diese Programme gestaltet? Die Staaten der armen und peripheren Länder (die immer als „*Entwicklungsländer*“ bezeichnet werden) benötigen Auslandsfinanzierungen, wodurch sich ihre Schulden erhöhen und die Einführung von „Maßnahmenkatalogen“ notwendig wird, von denen die meisten nicht nur bereits fertig sind, sondern eine Reihe von „Bedingungen“ für den „korrekten“ Einsatz der Mittel auferlegen. Welches sind diese „Bedingungen“? Dass die Staaten ihre öffentlichen Ausgaben nicht erhöhen, damit kein „Steuerdefizit“ entsteht; dass die Regierungen, anstatt direkt im Rahmen ihrer eigenen Netze tätig zu werden, „Partnerschaften“ eingehen sollten, und die Dienstleistungen an Wohlfahrtsinstitutionen oder NGOs weiter geben sollen; Mittel, die sich auf die Ärmsten „konzentrieren“ sollten, bevorzugt eingesetzt werden in den sogenannten „Förderungen der Nachfrage“ und nicht in der Erweiterung der öffentlichen Leistungen; die Menschen, die an diesen Programmen teilnehmen sollten, vorwiegend „aus der Gemeinde“ stammen (und es soll immer die „freiwillige Arbeit“ gefördert werden); das Programm soll in dem Moment beendet werden, sobald die Gemeinde in der Lage ist, sich „selbst zu erhalten“.

Im Gegensatz zu landläufigen Behauptungen hängt die Fähigkeit zur Umverteilung der öffentlichen Ausgaben von deren Fähigkeit zur Allgemeingültigkeit ab, und nicht von ihrem „Schwerpunktgrad“. Die „perfekte Konzentration“, wonach „Mittel für die nicht Bedürftigen auslaufen“, die von einigen angestrebt wird, wird so zu einem Ausgrenzungsmechanismus.

Die Konzentration der Sozialausgaben auf die „Ärmsten“ grenzt nicht nur einen Teil der „ehemaligen“ Armen aus, sondern schließt auch die „neuen Armen“ nicht mit ein. Dies ist das

große Problem der Konzentration, ausgehend von „Armutsgrenzen“, die sich ausschließlich auf das Einkommen gründen und unzählige Familien ausschließen, die sich möglicherweise „oberhalb“ der Grenze befinden, die sich jedoch auf Grund der sehr hohen „Rotativität“ um die Armutsgrenze angesichts verschiedener Ereignisse wie Arbeitsplatzverlust, Krankheit oder Alter immer noch in unsicheren Situationen befinden. Die derartig konzentrierten Programme stellen eine soziale „Anti-Politik“ in dem Maße dar, in dem sie einen Nachweis über die Armut verlangen – was deren „Aufnahme“ nicht aus bürgerrechtlichen Gesichtspunkten ermöglicht, sondern weil sie „bedürftiger“ sind als der Nachbar – so dass aus diesem Grund nicht die notwendige Gleichheitsbasis garantiert wird, die für wahre Sozialpolitik notwendig ist. Es geht darum zu gewährleisten, dass die öffentlichen Leistungen und Güter diejenigen erreichen, die am ärmsten sind und diese benötigen, in allgemeiner und nicht diskriminierender Art und Weise. In diesem Sinne setzen wir uns für die Strategie ein, die wir als „*territoriale Universalisierung bezeichnet haben*“<sup>11</sup>. Dabei gehen wir von der Annahme aus – die in den meisten Unterlagen und Untersuchungen oder Karten über Armut und Ausgrenzung bereits landläufig akzeptiert ist –, dass die Armut in Brasilien eine sehr eindeutige Raum- oder Gebietsverteilung aufweist<sup>12</sup>. Auf diese Art und Weise ist es sehr wohl möglich zu gewährleisten, dass die sozialen Leistungen die „Ärmsten“ in einer allgemeinen Art und nicht durch Diskriminierung erreichen, immer wenn sie in der Nähe der Wohnstätten dieser Bedürftigen konzentriert sind.

Da die sozialen Notsituationen meist nicht einzeln oder unabhängig voneinander auftreten, haben allgemeine gebietsbezogene Maßnahmen den Vorteil, dass in einem Gebiet verschiedene sozialpolitische Maßnahmen, die notwendig sind, integriert werden können. Dies erlaubt nicht nur die Integration von politischen Maßnahmen sondern auch der begünstigten Bevölkerung, so dass das Kennzeichen der Trennung, das im sozialen Bereich heute so präsent ist, überwunden wird. Dort, wo es Krankheiten gibt, fehlt auch die Abwasserversorgung; überall wo es ein unterernährtes Kind gibt, finden wir eine Mutter, die ebenfalls Hilfe benötigt. Diese territoriale Integration könnte zudem eine *Einsparung in der Höhe*<sup>13</sup> der benötigten Mittel bringen, ebenso wie eine Verstärkung derselben mit sehr viel effektiveren Ergebnissen in Hinblick auf die sozialen Auswirkungen, als diejenigen, die man mit unzusammenhängenden Programmen erhält.

Eine weitere wichtige Bedingung in der Allgemeingültigkeit liegt darin, dass die sozialen Programme nicht mehr nur als eine „Notfallhilfe“ konzipiert werden, sondern *Kontinuität* aufweisen. Das Angebot an öffentlichen Leistungen und Gütern muss zeitlich und in dem Raum/

---

<sup>11</sup> Sehen Sie hierzu auch Soares, L.. Tavares, “O Desastre Social”, Ed. Record, 2003, Seite 110.

<sup>12</sup> Bereits in den 40er Jahren sprach Josué de Castro von der „Geographie des Hungers“ in unserem Land.

<sup>13</sup> Ein Kriterium, das von den Wirtschaftsfachleuten und Planern, die sich ausschließlich um die “Kosten-Nutzen Rechnung” im “mikroökonomischen” Sinne bemühen, in Vergessenheit geraten ist.

Gebiet, in dem es angeboten wird, *kontinuierlich sein*, und die Bevölkerung muss eine Garantie für die Fortsetzung der Sozialpolitik haben.

In der „modernen“ Debatte bildet sich eine Art „neuer Konsens“, der den Armen den „Selbsterhalt“ und den „Unternehmergeist“ predigt: vom Staat abhängig zu sein, wird als ein „Makel“ gesehen. Diese Gedanken verstärken – auf gefährliche, unverantwortliche und heuchlerische Art und Weise – die neoliberale Ideologie, dass die „Menschen und Gemeinden“ selbst verantwortlich sind für die Lösung ihrer Probleme, und die Intervention des Staates wird als „Paternalismus“ angesehen. Dabei handelt es sich jedoch um eine ganz offensichtlich auf die „Bedürftigen“ begrenzte Sichtweise, zumal es für die Unternehmen anscheinend keinen Makel darstellt, von staatlichen Unterstützungen und Steuerbefreiungen abzuhängen. Dasselbe gilt für die obere Mittelklasse, deren Steuerbegünstigungen für die privaten Krankenversicherungen und Renten nicht in Frage gestellt werden.

### **5. Der öffentliche Charakter und die soziale Kontrolle der Sozialpolitik**

Neben der Integration der öffentlichen Sozialpolitik im territorialen und Bevölkerungsrahmen, um die Zersplitterung und Ausgrenzung zu überwinden, haben wir eine weitere relevante Frage, und das ist der *öffentliche Charakter* dieser Politik, die unserer Meinung nach eine veränderte Handlungsform des Staates im sozialen Bereich erleidet. Hier erfolgt ein Kontrapunkt zu den auf liberalen und (schon wieder) hegemonialen Ideen basierenden Angeboten, dass der private Bereich vor dem öffentlichen Bereich Vorrang hat. Die angebliche „Neuigkeit“ ist, dass die Regierungen „Partnerschaften“ mit dem „Nichtregierungssektor“ eingehen sollen. Wenn man die historischen und privaten Erfahrungen berücksichtigt, die als „gut gelungen“ (immer dann, wenn der „solidarische Geist“ und die „guten Absichten“ der „Nichtregierungsorganisation“ gewährleistet sind) eingestuft werden können, finden wir hier häufige Kontroversen.

Zunächst einmal ist das, was man heute übereinstimmend als den „3. Sektor“ bezeichnet, derzeit ein heterogener Bereich von Organisationen und Institutionen, lokal, regional, national und international, die von der lokalen Anwohnervereinigung bis hin zu einem multinationalen Unternehmen mit „sozialer Verantwortung“ reichen. Unabhängig von deren guten Absichten übernehmen die meisten dieser Organisationen „aufgrund von expliziten politischen Maßnahmen der Regierungen selbst in immer stärkeren Maße eine Rolle, die den Staat ersetzen soll, vor allem in jenen ärmeren und weiter abgelegenen Orten, wo sich der Staat entweder entzogen hat, oder nie vorhanden war. Und es ist genau dieser ‚ersetzende‘ und nicht ergänzende Charakter, der die angeblichen ‚Partnerschaften‘ zwischen Staat und Gesellschaft ans Tageslicht zerrt”.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> Soares, L. Tavares. Vorwort zum Buch „Terceiro Setor e Questão Social na Reestruturação do Capital“ von Carlos Eduardo Montaña (São Paulo, Cortez, 2002).

In Studien und aus eigenen Erfahrungen mit dem öffentlichen Sektor<sup>15</sup> können wir feststellen, dass je stärker der soziale Aspekt im Staat präsent ist, desto grösser die Möglichkeiten der Synergien und der gemeinsamen Handlung mit den sogenannten „zivilgesellschaftlichen Körperschaften“, die im übrigen nicht mehr die Verantwortung für die öffentlichen Dienstleistungen übernehmen, sondern frei sind, um Kontroll- und Vorschlagsaufgaben in der Planung und Bewertung der politischen Maßnahmen zu leisten. Unter diesen Bedingungen verstärkt sich der *ergänzende* und nicht der *ersetzende* Charakter der sozialen Organisationen. Wenn der Staat hier nachlässig ist und sich seiner Verantwortung entzieht, übernehmen die Nicht-Regierungsorganisationen eine Verantwortung, die ihnen nicht obliegen sollte. So kompetent diese Organisationen auch sein mögen, wird sich dennoch irgendeine Form von Willkür nicht immer vermeiden lassen, da ihre Handlungen privaten und nicht öffentlichen Charakter haben.

Außerdem besitzen diese Organisationen sehr häufig weder die technischen noch die betrieblichen Voraussetzungen, um eine stetige Durchführung jener Leistungen zu gewährleisten, und sind daher nicht in der Lage, den notwendigen Umfang und die Kontinuität zu gewährleisten, damit ihre Handlungen irgendeine kollektive Auswirkung haben. Insofern werden einige Gruppen oder Individuen „unterstützt“ während andere „ausgeschlossen“ werden, aufgrund von Kriterien, die häufig nicht von ihnen zu verantworten sind. Vor allem wegen ihres begrenzten Umfangs und deren Leistungsfähigkeit wird deren „Beispielcharakter“ sehr häufig eingeschränkt, wenn man versucht, die Erfahrungen von einem kleineren in einen größeren Handlungsumfang zu übertragen. Aus diesem Grund waren die Auswirkungen dieser zersplitterten Aktionen auf die Veränderung der allgemeinen Lebensbedingungen von großen Teilen der Bevölkerung immer sehr eingeschränkt, angesichts der Tatsache, dass die einfache Summe dieser einzelnen Erfahrungen noch nicht zu einer integrierten Sozialpolitik auf nationaler, regionaler oder auch lokaler Ebene führt, abhängig von der Größe der Bevölkerung, die unterstützt werden sollte.

Eine weitere relevante Frage innerhalb der Perspektive des demokratischen Wiederaufbaus des Staates ist die *soziale Kontrolle* oder die *öffentliche Kontrolle*, um eine gewisse Verwirrung, die sich in der Debatte breit macht, zu überwinden. Die *soziale Kontrolle* sollte unabhängig und selbständig von der organisierten Gesellschaft ausgeübt werden, deren Teilnahme den Handlungen der Regierung die Richtung geben und diese kontrollieren sollten, anstatt diese zu ersetzen. Außerdem waren die Erfahrungen der sozialen Kontrolle in Brasilien

---

<sup>15</sup> Neben den in diesem Bereich in Brasilien und in verschiedenen anderen lateinamerikanischen Ländern durchgeführten Studien arbeitet die Autorin seit 30 Jahren auf dem öffentlichen Sektor und nahm bereits an sozialen Programmen mit Synergien zwischen Regierungen und zivilen Gesellschaften teil, in denen der öffentliche Charakter der Ergänzung und nicht des Ersatzes von Verantwortungen vorherrschte.



nicht homogen. Sie erfolgte fast immer stärker an genau jenen Orten, an denen Volksregierungen und demokratische Regierungen gewählt wurden. Dies verstärkt ein weiteres Mal die These, dass ohne einen demokratischen Staat, der ein Projekt mit der Beteiligung des Volkes übernimmt, die soziale Kontrolle zugunsten der Interessen der Mehrheit und nicht der Privatinteressen, die historisch unsere Staaten beherrschten (und öffentliche Räume in private Räume verwandelten), sehr viel schwerer geworden ist.

Eine weitere Sache ist die *öffentliche Kontrolle*, für die man die Existenz von staatlichen Institutionen voraussetzt, die diese Rolle einnehmen sollen, sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Rechtsprechung. Paradoxerweise hat gleichzeitig mit der Schwächung des brasilianischen Staates eine Institution wie die Staatsanwaltschaft Perspektiven geschaffen, um zugunsten des öffentlichen Interesses ihre Rolle als Kontrollorgan gegenüber den Regierungen zu erfüllen. Einige Erfahrungen stellen in Brasilien bereits eine Referenz dar, wie zum Beispiel die Verbindung der Staatsanwaltschaft mit zivilgesellschaftlichen Körperschaften in der Verteidigung des öffentlichen Charakters des Gesundheitssystems „Sistema Único de Saúde“ (SUS), wodurch in diesem Fall eine Synergie zwischen der öffentlichen Kontrolle durch den Staat und der sozialen Kontrolle durch die organisierte Gesellschaft deutlich wurde. Es ist offensichtlich, dass dieser öffentliche Charakter der Kontrolle durch Organe des Staates selbst noch weitere Fortschritte machen muss und auch nicht gleichmäßig im gesamten nationalen Gebiet erfolgt, aber es ist ein möglicher Raum, der in der Bildung eines wirklich demokratischen Staates gestärkt werden muss.

Und schließlich müssen diese und andere Fragen im Rahmen der Debatte um die sogenannte „soziale Frage“ in Brasilien noch das historische Kennzeichen des Konservatismus sowie die neoliberale Hegemonie überwinden, die in unserer Gesellschaft im Rahmen der Ideen und der als „Alternativen“ bezeichneten Vorschläge immer noch vorherrschen. Fernsehprogramme wie „*Fantástico*“ im Sender Globo, die sich an ein breites Publikum richten und die eine weitere „Kontrolle der Armen“ einfordern – eine These, die von der gesamten brasilianischen Presse verstärkt wird – drücken die Heuchelei unserer dominanten Eliten sowie das Vorherrschen des Gemeinplatzes in der aktuellen sozialen Debatte aus. Insofern darf sich der politische und ideologische Kampf nicht nur auf dem Gebiet des „Gegen die Regierung sein“ abspielen. Der Kampf im Inneren der brasilianischen Gesellschaft gegen den Konservatismus und den Neoliberalismus ist trotz unzähliger Fortschritte und Errungenschaften noch lange nicht gewonnen.

## Die letzte Runde\*

Paulo Eduardo Arantes<sup>0</sup>

Ein neuer Imperialismus? Manche bezweifeln es. Und verstehen nicht einmal seinen Daseinszweck. Wenn der imperiale Tribut schon immer ohne große Hindernisse zum *locus* der Weltmacht floss, wozu das Risiko eines anachronistischen kolonialen Abenteuers eingehen? Wozu eigentlich noch mehr Macht, fragt sich immer wieder Michael Mann, der von dem verblüfft ist, was er als die Schizophrenie der amerikanischen Macht bezeichnet?<sup>16</sup> Wir dürfen dies wie folgt deuten: Schizophren, weil es hier, unter anderen, disparaten Rückwirkungen, zu einem scheinbar ziellosen Schwanken kommt, zwischen dem Ritual der multilateralen Norm und – wenn es dem Hegemon zuträglich ist, das heißt, so gut wie immer – der offensichtlichen Übertretung derselben Norm, und zwar desto mehr, als das rigoroseste Mittel dieser Macht gerade in ihrer Unvorhersehbarkeit liegt. Letzteres ist Kennzeichen der dem neuen Militarismus eigenen Irrationalität, dessen Mangel an Logik auch ihm selbst entgeht. Es ist ein „Mehr an Macht“, das umso unverständlicher ist, als der derzeitige Überfluss an Macht sich die Zustimmung der eigenen Opfer zunutze macht. Eine Hegemonie, ohne eine materielle Basis, in der die unmittelbare wirtschaftliche Praxis sich als Lebensfaktum darstellt, kann es nicht geben. Es ist wohlbekannt, verdient aber trotzdem wiederholt zu werden, dass bereits die einfache Reproduktion des ungeheuren Heißhungers nach dem Dollar – ohne Unterscheidung nach Klassen, Reichtum oder Armut – den unersättlichen amerikanischen Konsumtrieb und den Rüstungsetat, der ihn schützt und fördert, subventioniert und somit bestätigt, dass es zu einer Wirtschaftsmacht, die externe Einschränkungen nicht kennt, keine Alternative gibt; schlussendlich kann ein Land, das Defizite in seiner eigenen Währung begleicht, den Rest der Welt ungestraft besteuern. Solange dies funktioniert, gibt es nichts Vorteilhafteres.

Robert Brenner hat andersartige Zweifel.<sup>17</sup> Aber seine Ungläubigkeit – selbst wenn sie entlang des ausschließlichen Gleises der modernen wirtschaftlichen Rationalität läuft – versäumt es trotz seines eigenen Arguments nicht, die archaisierenden Züge hervorzuheben, deren Wiederaufleben im Zentrum des derzeitigen systemischen Chaos‘ steht. Brenner behauptet, dass

---

\* Erschienen in: *Margem Esquerda: Ensaïos Marxistas*, Nr. 5 (Mai 2005). Deutsche Übersetzung: George Bernard Sperber.

<sup>0</sup> Paulo Eduardo Arantes ist Essayist und emeritierter Dozent am Fachbereich Philosophie der Fakultät für Philosophie, Philologie und Humanwissenschaften der Universität São Paulo. Unter anderen Büchern, veröffentlichte er *Ressentimento da Dialética* (Rio de Janeiro, Paz e Terra, 1996).

<sup>16</sup> Michael Mann, *Incoherent Empire* (London, Verso, 2003), S. 82f.

<sup>17</sup> Robert Brenner, „Um novo imperialismo?“, in Theotônio dos Santos (Hrsg.), *Globalização: dimensões e alternativas* (Rio de Janeiro, PUC/ Loyola, 2004), Band 2.

die ultraimperialistische Strategie der Regierung Bush Jr. – vielfache Interventionen, Regimeänderungen, vorübergehende Kolonialisierung, globale Bedrohung usw. – nicht im mindesten einem grundsätzlichen kapitalistischen Interesse diene. Bei diesem Gedankengang wird allerdings vorausgesetzt, dass das Spiel der weltweiten Akkumulation bisher, zumindest potentiell, zu einem positiven Ergebnis geführt habe. Dies wurde durch eine Politik zur Definition der nordamerikanischen Hegemonie gesichert, die das Ziel gehabt habe, den Reichtum der besitzenden Klassen zu sichern, die Vorrechte der Welt des *Business* – einer von Natur aus transnationalen Welt – zu stärken und die Mechanismen der Mehrwertgewinnung bis in die entferntesten Winkel der Welt auszudehnen. So paradox es klingen mag, versichert Brenner, man könne mit mathematischer Akribie beweisen, dass eine Strategie der direkten Plünderung nicht einmal den Interessen des *big oil* zugute kommen würde, wie es im Irak der Fall zu sein scheint. Prinzipiell – mindestens seit die ursprüngliche Akkumulation ihren Zweck erfüllte – „ist selbst eine ernsthafte (*sic*) Plünderung nicht mit einer eigentlichen kapitalistischen Akkumulation zu vergleichen, vor allem, was die Sicherheit des Reichtums betrifft, da ja normalerweise die erste dazu tendiert, die zweite drastisch zur Implosion zu bringen.“<sup>18</sup>

Nun ist es so, dass die derzeitige Sackgasse – oder, wenn man diesen Ausdruck bevorzugt, das Ende des Waffenstillstands, der den Weltbürgerkriegen von 1914 bis 1945 folgte – eine gegenläufige These nahelegt: Es ist durchaus denkbar, dass der derzeitige territorialistische Ausbruch der wirtschaftlichen Imperative – und in diesem Sinne lässt sich die Neuartigkeit des Neoimperialismus durchaus zusammenfassen – auf eine Wiederkehr der sogenannten ursprünglichen Akkumulation hinweist. Aber vielleicht hatte diese die Bühne auch nie völlig verlassen. So zumindest lautet die von David Harvey vertretene These, von der gleich die Rede sein wird.<sup>19</sup> Dass es gerade darum geht, besagen zum Teil auch die von Brenner gemachten Einschränkungen, insbesondere wenn er versucht, die Ausmaße der kursierenden Pathologie zu relativieren: Ein Handstreich oder ein Staatsstreich, der von einer Bande Abenteurer verübt wurde, die als Doktrinäre eher seicht wirken, als Fanatiker eines neuen militärischen Humanismus mittelmäßig sind – der allerdings mittlerweile von einer kosmopolitischen Avantgarde der heutigen europäischen Intelligenz verkündet wird – und von der korrupten extremen Rechten in Israel bis hin zu Sektoren des militärisch-industriellen Komplexes, einschließlich Baukonzernen und Erdölunternehmen reicht. Freilich lässt sich unser

---

<sup>18</sup> Entspricht der ersten Fassung des Papers von Robert Brenner, das er im August 2003 dem Internationalen Seminar „Hegemonie und Gegenhegemonie“ (Koordination Theotonio dos Santos, gefördert vom UNESCO/UN-Lehrstuhl für Globale Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung, in Rio de Janeiro) vorlegte.

<sup>19</sup> David Harvey. *The New Imperialism*. (London, Oxford University Press, 2003). Ein Kommentar dazu ist zu finden in Paulo E. Arantes, „A viagem redonda do capitalismo de acesso“, teilweise veröffentlicht in der Zeitschrift *Reportagem*, Nr. 58, Juli 2004.

Autor durch all das nicht erschüttern. Über die schiere Anomie verbrecherischer Eliten hinaus ist der so genannte Neue Imperialismus bei ihm kaum mehr als eine Sinnestäuschung. Es gelte das gleiche wie immer: Die von einem Imperium, gleichgültig ob ein formelles oder informelles, gegebenenfalls geförderten Monopole wären für die weltweit aus dem amerikanischen Wirtschaftsraum heraus agierenden Produzenten, Kaufleute und Financiers völlig überflüssig. Alle denkbaren Ressourcen stehen zu so stark komprimierten Preisen auf den Märkten zur Verfügung, dass sich die Kosten einer Kolonie nicht im geringsten rechtfertigen würden – im Gegensatz zu dem, was ein Enthusiast des Neoimperialismus wie Niall Ferguson sich unbeholfen ausrechnet.<sup>20</sup> Im Übrigen – so argumentiert Brenner weiter – sei ein Interventionismus die Norm, der örtlich begrenzt und ungezügelt ist, so wie er es in der gesamten ersten (und eigentlichen) Geschichte der Hegemonie der US-Amerikaner immer war. Seiner Meinung nach bedeuten die Invasion und die Besetzung des Iraks einen offensichtlichen und eigenartigen Stilbruch, einen Bruch mit dem Stil des militanten Interventionismus, der für die hegemoniale Geopolitik seit 1945 charakteristisch war und der selbst nach dem Ende des kalten Krieges von Panama bis Jugoslawien fortgeführt wurde, und der sich folgendermaßen beschreiben lässt: Den Raum außerhalb des organischen Kerns der kapitalistischen Welt ohne viel Umschweife als eine immense *free fire zone* zu behandeln. Bei näherer Betrachtung bemerkt man jedoch rasch, dass sich diese eigenartige Zone des offenen Schussfeldes um den Globus herum ausbreitet – und gerade darum geht es, wenn man ohne viel Gerede die dieser Welt abhanden gekommene Normalität ins Auge fasst, einschließlich der „Funktionalität“ des Neoimperialismus.

Wir haben es mit einer territorialistischen Kursschwenkung der amerikanischen Großmacht zu tun, die wahrhaft erstaunlich ist. Wer Einblick in die *Quadriennial Defense Review* nehmen sollte, die offiziell zwei Wochen nach dem 11. September 2001 veröffentlicht wurde, der wird dort nicht das in der Zeit zuvor übliche Geschwätz über humanitäre oder friedensstiftende Eingriffe oder schiere Strafaktionen vorfinden, Bezeichnungen mit denen die letzte Ernte der amerikanischen Kriege geschminkt wurde. Hingegen wird er abrupt Umbenennungen jener (und auch kommender) Kriege begegnen, deren erklärte (während des kalten Krieges, wie man sich erinnern mag, „verdeckte“) Ziele des „Regimewechsels“ die Besetzung ausländischer Territorien nicht weiter ausschließen, und sogar so weit gehen, mit den üblichen Euphemismen die These eines „temporären territorialen Imperiums“ vorzuschlagen.<sup>21</sup> Ich wiederhole: Es ist nicht zu leugnen, dass eine drastische Mutation der territorialistischen

---

<sup>20</sup> Sein jüngstes Manifest: Niall Ferguson. *Colossus: the Price of America's Empire* (London, The Penguin Press, 2004).

<sup>21</sup> Es sei denn, Michael Mann (a.a.O.) habe im Untertext des Pentagons seine eigenen Visionen des neuen Militarismus projiziert.

Logik der globalen Macht im Gange ist. Das vorher erwähnte Schema Harveys versucht mit dieser Mutation – die als eine Gesamtdiagnose der Epoche dienen kann – zurecht zu kommen. Ohne so weit zu gehen, die Rückkehr der Bush-Clique an die Macht als eine Abweichung von der gewohnten Pathologie der nordamerikanischen Elite zu deuten, zieht Harvey es vor, die zwei Agenden, die neoliberale und die neokonservative, zu unterscheiden. Infolgedessen sieht er einen Umschwung im Übergang von einem Imperialismus zum anderen. Allerdings bilden beide seit dem Wiederaufschwung nach den siebziger Jahren einen einzigen Block. Alles geschieht so, als ob die Gegenrevolution, die von den weltweit aufgezwungenen Strukturanpassungen – mitsamt ihrem Gefolge von Privatisierungen, Deregulierungen, Marktöffnungen, Biopiraterie und Patenthandel, von den damit verbundenen finanziellen Plünderungen ganz zu schweigen – getragen wird, das unwiderrufliche Ende der wie auch immer gearteten liberalen Hegemonie anzeigen würde. Diese Hegemonie versuchte sich mit der Behauptung glaubwürdig darzustellen, dass das Ergebnis der weltweiten Akkumulation kein Nullsummenspiel sei.

Die Wiederauferstehung eines „neuen“ Imperialismus erfolgte inmitten einer Überkapazitätskrise durch die Wiederaufnahme der Akkumulation mit anderen Mitteln, darunter vorrangig den oben erwähnten, die uns heute gebräuchlicher sind. Der übrigen Welt wurde ein „Tribut“ auferlegt, ohne dass der Eindruck von Diskontinuität entstehen sollte. Schon lange vor dem 11. September 2001, als 1999 die technologische Blase platzte und es zur Talfahrt kam, war klar, dass die Tage der neoliberalen Routine und ihrer spezifischen Form des „Imperialismus“ gezählt waren. In diesem Moment hatte, wie Harvey feststellte, die neue territorialistische Machtlogik ihren Szeneauftritt. Die große Frage ist seines Erachtens, wie sie so austariert werden kann, dass sie der eigentlichen kapitalistischen Logik der Macht nicht widerspricht, die ihrer Natur nach eine in einem kontinuierlichen Raum fließende Kraft ist. Währenddessen wirkt sein antithetisches, jedoch unabdingbares Pendant innerhalb eines territorialisierten Raumes. Für Harvey ist offensichtlich, dass die Eskalation der jüngsten amerikanischen Kriege zu wachsenden Spannungen mit den Imperativen des Kapitals führt, dessen Akkumulation einer unendlichen „Öffnung“ des „Zugangs“ durch neue „Türen“ bedarf – um das aus ihren mythischen Anfängen stammende, klassische Vokabular der Expansion der amerikanischen *frontier* zu gebrauchen. Eine Wirtschaft des permanenten Krieges wird stets an Grenzen stoßen, die, wie die amerikanische Geschichte immer wieder bewiesen hat, unüberschreitbar sind.

Allem Anschein nach gibt es nichts auf der Welt, nicht einmal die unbestimmte Ausdehnung der nationalen Macht in das Imperiale, deren Zeugen wir derzeit sind, das ungestraft die einheimische Konsumspirale bedrohen darf – und es ist sehr wohl wahr, dass der amerikanische

Hyperkonsument sein Recht, den Planeten zu Tode auszubeuten, mit der Waffe in der Hand verteidigen wird, nukleare Vergeltungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen. In einem solchen Falle würde die kapitalistische Logik der Macht die derzeitige Territoriallogik in Scherben schlagen. Übrigens wurde diese Grenze bis heute nicht auf die Probe gestellt, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde: Wie jedem regelmäßigen Zeitungsleser bekannt ist, wurde die Gesamtsumme der weltweit akkumulierten Devisenreserven vorrangig in US Treasury Bonds angelegt, allen voran die asiatischen Anleger. Martin Wolf meinte in der *Financial Times*, es dürfte sich dabei um das im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt der ganzen Welt größte „Hilfsprogramm“ aller Zeiten handeln, und es erlaubte, dass die USA Kriege führten, ohne selbst auf die Vorteile des Friedens verzichten zu müssen, d.h. ohne die bittere Wahl zwischen Kanonen und Butter treffen zu müssen.<sup>22</sup>

Wie dem auch sei, die zentrale These David Harveys zur Erklärung des Getriebes des Neoimperialismus ist kostbar. Es handele sich dabei um nicht mehr und nicht weniger, als um ein Reaktivieren der vermeintlich archaischen Formen der Ausbeutung und der Beherrschung, die Harvey unter den Sammelbegriff der „Akkumulation durch Enteignung“ bringt. Eine Flucht nach vorn, in der die territorialistische Logik der Macht wieder vorherrschend wird, selbst als Antagonistin zur aterritorialen Normalität der laufenden kapitalistischen Geschäfte und zu ihrem derzeitigen finanziellen Paradigma, in dem sich der Wunsch des Kapitals ausdrückt, nirgendwo gebunden zu sein. Das heißt: Auf Grund einer keineswegs trivialen Krise kam der von dieser Krise selbst erstickten Erweiterung der Akkumulation ein gleichsam neues Regime der Akkumulation durch „andere Mittel“ zur Hilfe. Andere Mittel, die in ihrer Mehrzahl durch Gewalt gekennzeichnet sind. Mit wenigen Worten: wieder einmal die ursprüngliche Akkumulation. Diesmal jedoch neu interpretiert, um in das Innere des ganzheitlichen Systems des Kapitalismus die Plünderungspraxis, die seine externe Urgeschichte kennzeichnete, wieder einzuführen – von den merkantilistischen Ausbeutungskriegen der *enclosures*, über das Kolonialsystem, bis zur Einführung des Wunders der immerwährenden Staatsverschuldung. Diese These ist keinesfalls extravagant. Die Privatisierungen der letzten kapitalistischen Welle ähneln immer mehr neuen „Einfriedungen“ – nichts sieht heute einer kolonialen Einfriedung ähnlicher als eine patentierte genetische Sequenz. Damit stellt sich die Frage neu, ob die ursprüngliche Akkumulation in ihrem puren historischen Sinn verstanden werden soll, oder ob sie nicht eigentlich ein kontinuierlicher Prozess ist.<sup>23</sup>

---

<sup>22</sup> Martin Wolf, „Gesto Europeu por mudança cambial na Ásia é inútil“, in *Folha de S. Paulo*, 11/2/2004.

<sup>23</sup> Harvey verweist besonders, unter anderen Beiträgen, auf das Buch von Michael Perelman, *The Invention of Capitalism: Classical Political Economy and the Secret History of Primitive Accumulation*. (Durham, Duke University Press, 2000). Dieser These fügt Harvey eine originelle Umformulierung des Axioms von Henry Lefebvre hinzu, nach dem der Kapitalismus seine wiederholten Krisen dadurch überlebt, „dass er Raum besetzt, Raum

Die ökonomische Logik des *tribute-taking*, die dem Regime des flexiblen Dollars als weltweit geltender Finanzwährung inhärent ist, scheint nicht durch Zufall gleichzeitig mit der Premiere der neuen amerikanischen Kriegsmaschinerie – gebührend aufgerüstet durch eine erstaunliche Revolution im Militärischen – auf dem internationalen Markt zum Kauf und Verkauf von Sicherheit aufzutauchen. Das ist nichts Neues. Seit dem Golfkrieg gehört es zu der von allen Interessierten identifizierten amerikanischen Politik, die Streitkräfte der USA als ein „international finanziertes öffentliches Gut“ zu verkaufen, um den Euphemismus zu gebrauchen, der seinerzeit von einem hohen Funktionär benutzt wurde, oder, in der weniger delikaten Formulierung des Herausgebers eines konservativen Presseorgans: Es ist „das virtuelle amerikanische Monopol des Sicherheitsmarkts“. Ganz zu schweigen von den Vorteilen für jeden Aufgekauften, der in einem spezifischen Geschäftsbereich tätig ist – in diesem Fall schlicht und ergreifend die gesamte Weltsicherheit –, wurde dieses zum wichtigsten Hebel „unserer Kontrolle des internationalen Wirtschaftssystems“.<sup>24</sup> Diese Weisheit pfeifen die Spatzen vom Dach! Die Beispiele sind willkürlich gewählt und liegen jenseits jedweder ideologischer Anstrengung: Zur Zeit der Vorbereitungen zum zweiten Krieg im Irak scheute eine andere Persönlichkeit der hohen Kreise der internationalen Finanzen nicht davor zurück, darauf hinzuweisen, dass das singuläre, in den USA basierte Wirtschaftssystem sich um den Tausch von Hyperkonsum gegen Sicherheitsexport dreht, ein Versicherungsüberschuss, der übrigens schon dabei war, „die physische Form einer direkten Verantwortung über sein Einsatzgebiet“ zu übernehmen, kurz, die ostentative Präsenz im Territorium.<sup>25</sup> Jüngste Bosheit – des genannten Finanzmenschen – ist es

---

schafft“. Wenn ich auf dem richtigen Weg bin, so hoffe ich erneut behaupten zu können, dass der qualitativ neue Raum, der geschaffen wird, der Boden einer *global frontier* ist, dessen Urmatrix im historischen und strukturellen Bereich der gleichen primitiven Akkumulation sich befindet oder durch „Enteignung“ zustande kommt. Ein erster Ansatz dazu in Paulo E. Arantes, „Cavalaria global“, in *Margem Esquerda: Ensaio Marxistas*, Nr. 4, São Paulo, Boitempo, 2004.

<sup>24</sup> Siehe Noam Chomsky, *Contendo a democracia* (Rio de Janeiro, Record, 2003), S. 18.

<sup>25</sup> Alexandre Stärker, „Exportation sécuritaire à outrance“, in *Le Monde*, 20/3/2003. Angeheuerte Heere oder gepachtete Marinen waren nicht ungewöhnlich während des „Ancien Regime“. Der Kleinstaat Hessen-Kassel wurde als Produzent und Exporteur von Söldnern berühmt. England griff auf die Hessen zurück, um das Heer, das die rebellischen amerikanischen Kolonisten bekämpfte, zu vervollständigen. Seit jener Zeit gilt das Wort „Hessianer“ als Synonym für Söldner und, allgemeiner, als ein pejoratives Amalgam der Grobheit und des mangelnden Patriotismus. Vgl. Charles Tilly, *Coerção, capital e Estados europeus* (São Paulo, Edusp, 1996) S. 141. Seit dem Ende des Wehrdiensts in den USA – eine der Folgen der Niederlage in Vietnam, die zur Beschleunigung der Abschaffung der automatischen Einberufung der Militärpflichtigen führte, und zur Schaffung einer Berufarmee – gewann der Begriff „Hessianer“ erneut einen umgekehrten, sozial perversen Klassenstatus: Die freiwillige Anwerbung von „Unterprivilegierten“, die vorher durch ein Leben der Unterbeschäftigung brutalisiert wurden, in Gefängnissen oder im Untergrund der Immigranten ohne Papiere. Vgl. John Gregory Dunne, „The Horror is Seductive“, in *The New York Review of Books*, 29/5/2003, S. 23. Ein erstaunliches Zeugnis ist einem innerhalb eines Korps der Marineinfanterie während der Invasion und Besetzung Iraks „infiltrierten“ Journalisten zu verdanken (vgl. Evan Wright, *Generation Kill: Devil Dogs, Iceman, Captain America and the Face of American War* (New York), Putnam, 2004). Er wurde zum Augenzeuge des programmierten Erwachens eines kriegerischen Ethos bei sonstwie zu einem Leben der „dead-end jobs“ verurteilten armen Teufeln, die plötzlich zu Vertretern der Mächte des Guten im Kampf gegen die Unterrassen der Pariavölker katapultiert wurden. Vgl. Chris Hedges, „On War“, in *The New York Review of Books*, 16/12/2004. Laut einem Kommentar von Susan Watkins, fließt in den Köpfen dieser neuen „Hessianer“ ein Cocktail aus der Kultur der Gangster, Videogames, Pornographie und entmenschlichten Gewalt. Vgl. „Vichy on the Tigris“, in *New Left Review*, Nr. 28, 2004, S. 8.

festzustellen, alles dies habe große Ähnlichkeit mit dem früheren sowjetischen System zum Schutz des Wirtschaftsraumes der UdSSR. Man wird sich daran erinnern, dass die UdSSR, wie zuvor das zaristische Reich, die euro-asiatische, territorialistische Großmacht *par excellence* war, das heißt eine „Großmacht“ nach allen Regeln der Geopolitik.

Fügen wir nun die Teile zusammen. Ohne unterstellen zu wollen, das Weiße Haus befinde sich derzeit in den Händen des organisierten Verbrechens: Was soll man eigentlich von der Tatsache halten, dass das Unternehmen, das den amerikanischen Vizepräsidenten der USA zu einem reichen Mann machte, genau dasselbe ist, das die Milliardenverträge zum Wiederaufbau des besetzten Landes an sich riss, eines Landes, das zuvor von den Streitkräften des Staates zerstört worden war, der von seinem unmittelbaren Vorgesetzten regiert wird? Ein Unterfangen dieses Kalibers wird wissenschaftlich mit dem Wort *racket* bezeichnet, ursprünglich die Bezeichnung der beruflichen Tätigkeiten von Gangstern, und zwar: Direkte Beherrschung und Aneignung ohne viel Umschweife; die Seele eines Geschäftes, Gewalt anzudrohen, um danach die Bezahlung für den im gleichen, schrecklichen Paket angebotenen „Schutz“ einzustreichen. Monopole und die Abgrenzung exklusiver Territorien bringen im Kern dies zum Ausdruck. Die ursprüngliche Bildung des europäischen Staates folgte, wie der Historiker Charles Tilly schrieb, genau diesem Erpressungsschema, das aus einer Zeit stammte, in der die Unterscheidung zwischen Kriegsherren, Banditen und Regierenden nicht sehr deutlich war, insbesondere wenn letztere, am Ende der sukzessiven Unterjochungskriege, nach der Bildung eines Monopols der Mittel der Gewalt innerhalb eines bestimmten Territoriums, sich damit beschäftigten, ihren Untertanen Tribute für die Finanzierung der nachfolgenden Militärkampagnen zur Expansion der beherrschten Territorien abzunötigen. Die Wohlhabenden jener Zeit, insbesondere die Kaufleute des Fernhandels konnten außerordentliche Profite erzielen, weil sie an die Regierenden Schutzgelder bezahlten, und sie unterschieden sich dabei keinesfalls von Unternehmen oder Wirtschaftskonzernen heute, die mit einer, in einer privaten „Jurisdiktion“ siegreichen, kriminellen Organisation zusammenarbeiten und ihr Schutz abkaufen – was immer der historische Platz der Protagonisten, die Logik ist die gleiche.<sup>26</sup> Im Grunde sind Robert Brenners Einwände gegen die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der durch Zwang gewonnenen Profite eine Folge dessen, dass bereits Adam Smith die „archaischen“ Gebräuche der merkantilistischen Gesellschaften seiner Zeit verworfen hatte, die bis ins Extrem vervollkommenet wurden durch die berühmte Ostindische Gesellschaft. Sie war, mit den

---

<sup>26</sup> Charles Tilly, a.a.O. Während der Endkrise des europäischen Kapitalismus, in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, wurde der Kollaps der Weimarer Republik durch ein Geschäft von Kauf und Verkauf von Sicherheit shakespearischer Ausmaße gekrönt. Wir wissen wie dies endete. Eine kondensierte Version dieses Argumentes in Paulo E. Arantes, “Crime e Estado”, breve nota sobre o *Arturo Ui* de Bertolt Brecht, por ocasião de sua encenação pelo Teatro de Narradores, São Paulo, Teatro Martins Pena, 2003.



Worten eines unverdächtigen Historikers, eines Anhängers der zivilisatorischen Tugenden des freien Handels und der sozial verantwortlichen Investitionen, die „erste imperiale Korporation“.<sup>27</sup>

Kehren wir zurück in die Gegenwart. An einer bestimmten Stelle seiner Beobachtungen zum Aufbruch des amerikanischen Militarismus, der aus seiner Sicht vor allem ein amerikanisches Imperium der Basen ist, bemerkt Chalmers Johnson, dass die Vorposten jenes Netzes in vielen Fällen ein Verhältnis zu dem jeweiligen Territorium aufbauen, das mit der Handlungsweise der Gangster in den dreißiger Jahren verglichen werden kann: Die USA setzen die Regierungen der Länder, die solche militärische Installationen beherbergen, unter Druck und zwingen sie, die Kosten ihres imperialen Projektes zu decken, nach der unverwechselbaren Manier der einheimischen *racketeers*. Konsequenterausgedrückt, fährt Johnson fort, könnte man die gleichsam institutionelle Hypothese eines auf eine Art „*international protection racket*“ aufgebauten Imperialismus nicht ausschließen.<sup>28</sup> Wenn dem so ist, dann ist es keinesfalls unbegreiflich, dass man den Neuen Imperialismus auch als die Geburtsurkunde einer endlichen Gesellschaft verstehen kann, die, ausgehend von einem zentralen oligarchischen Kern, sich weltweit in der Form von Kämpfen um Naturressourcen zwischen verfeindeten Gangs ausdehnt. In der klassischen Begriffsbestimmung würde dies heißen: Eine endliche Vertiefung der Prähistorie in einem Moment der höchsten Freisetzung der Produktivkräfte.

---

<sup>27</sup> Nick Robins, „Em má companhia“, in *Folha de S. Paulo*, 13/2/2005. In einem kürzlich erschienen Artikel über die Wiedergeburt der Hochseepiraterie (siehe Charles Glass, „The New Piracy“, in *London Review of Books*, 18/12/2003). Der Autor beobachtet ferner, dass nichts der East India Company ähnlicher ist – ihre Macht auf den Märkten, wie die ihrer niederländischen Vorfahren, bewegte sich auch durch die Kraft eines Privattheeres – als der Halliburton-Konzern, ein Unternehmen, das große Regionen des rückeroberten irakischen Territoriums förmlich beherrscht. Freilich wäre die Kontrolle dieser neuen Wirtschaftsräume unmöglich, ohne dem Vorhandensein dieser „outgesourcten“ Branche der neuen merkantilistischen Macht, ohne den Legionen von Söldnern, die von den Private Military Companies rekrutiert werden. Vgl. Sami Makki, „Sociétés militaires privées dans le chaos irakien“, in *Le Monde Diplomatique*, Nov. 2004. Da die „öffentlichen“ amerikanischen Streitkräfte unter den gleichen Umständen gestaltet werden, ist es durchaus möglich zu behaupten, dass die Privatisierung der Kriege heutzutage in einer nicht zu fernen Zukunft liegt.

<sup>28</sup> Chalmers Johnson, *The Sorrows of Empire* (London, Verso, 2003), S. 25, 31.





